Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 13. Freitag, den 16. Januar 1914. 21. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Der Kampf ums Koalitionsrecht.

Immer neue Mittel und Mittelchen ersinnen die von den Scharfmachern instruierten Behörden, um dem Koalitionsrecht der Arbeiter zu Leibe zu gehen. Und was man hier und da mit Erfolg erprobt hat, wird bald verallgemeinert. Auch ohne daß man durch Gesetzentwürfe und Parlamentsberatungen großes Aufsehen erregt, bringt man es auf diese Weise fertig, dem so wichtigen Vereinigungs- und Kampfrecht der Arbeiter Schlingen über Schlingen zu legen.

Von den Bemühungen gewisser Kreise, Material zu sammeln, aus dem dann der politische Charakter der Gewerkschaften abgeleitet werden soll, wurde bereits vor einiger Zeit an dieser Stelle berichtet. Mehrfach wurde hier auch schon auf die Methode mancher Polizeibehörden hingewiesen, um ein Streikpostenstehen, das gesetzlich nach der Feststellung der höchsten Gerichtsinstanz durchaus erlaubt ist, unmöglich zu machen, — die Methode nämlich, auf Grund bestimmter polizeilicher Verordnungen zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Verkehrssicherheit jeden Streikposten als Verkehrshindernis fortzuweisen und bei Widersetzlichkeit in Strafe zu nehmen.

Ein Schutzmannsauge wird nie ein Verkehrshindernis entdecken, wenn irgendwo ein fürstliches Hofautomobil hält und eine Menge loyaler Spießbürger sich darum staut, um den großen Augenblick zu erwarten, da „Er“ oder „Sie“, am Ende Er und Sie dies Gefährt besteigen. Aber wie leicht sieht das „Auge des Gesetzes“ die Ruhe und Sicherheit des Verkehrs bedroht, wenn es einen Streikposten, und sei es auf einsamer Straße mutterseelenallein, auf- und abwandeln sieht. Wer Gelegenheit hatte, die Urteilssprüche und gerichtlichen Feststellungen zu verfolgen, die in den letzten Jahren ergingen, wenn bestrafte „Widersetzliche“ Berufungen eingelegt hatten, der wird oft gestaunt haben über die Empfindlichkeit polizeilicher Sicherheitswächter, — sobald sie durch Erkundigungen festgestellt hatten, daß der stille Mann in irgend einer Straße ein Streikposten sei.

Gab es bisher noch Schutzleute, deren Augen nicht scharf genug eingestellt waren, um die streikpostenstehenden Verkehrshindernisse gleich richtig zu erkennen, so wird ihr Blick jetzt mindestens in Preußen sehr geschärft werden. Der borussische Polizeiminister und geheime Regent in Deutschland, Herr v. Dallwitz, war freimütig genug, im preußischen Abgeordnetenhause zu erklären, daß er die Regierungspräsidenten in einem besonderen Erlaß auf diese probate Methode, dem Streikpostenstehen schnell und schmerzlos den Garaus zu machen, hingewiesen habe.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Erlaß die Aufforderung ist, das Recht mit Füßen zu treten. Denn das Reichsgericht hat festgestellt, daß das Streikpostenstehen erlaubt ist. Der preußische Polizeiminister aber gibt seinen Behörden den Auftrag, das Streikpostenstehen zu verhindern.

Es braucht nicht darauf eingegangen zu werden, welch wichtiges Kampfmittel das Streikpostenstehen für die Arbeiter ist; welchen Schlag es für die Arbeiterbewegung bedeuten würde, wenn die angedeutete Praxis jetzt in Preußen allgemein würde und dann am Ende gar von den anderen Staaten nachgeahmt werden sollte. Mit zynischer Unverschämtheit nimmt man den Kampf gegen die Arbeiterbewegung auf und schafft ihr immer neue Schwierigkeiten, — indes man scheinheilig versichert, man könne den Wünschen der Scharfmacher auf neue Ausnahmegesetze gegen die Arbeiterkoalitionen nicht nachkommen.

Um so widerlicher muß es wirken, wenn trotzdem der Chorus der Scharfmacher immer noch weiter zetert über den „ungenügenden Schutz der Arbeitswilligen“ — soll heißen: des eigenen Portemonnaies.

Um so notwendiger ist es, das Treiben der verantwortlichen Stellen und der Scharfmacher zu brandmarken, zu zeigen, wie die Dinge in Wirklichkeit stehen, und den Willen zum Ausdruck zu bringen, daß die Rechtsgrundlagen des Vereinigungs- und Kampfrechts der Arbeiter verbessert anstatt weiter verschlechtert werden.

Erfreulicherweise regt es sich aber auch jetzt in den Massen. Die ständig sich mehrenden Angriffe gegen das Koalitionsrecht rufen in allen Städten die Arbeiterschaft zum Protest. Schon haben Dutzende von Versammlungen in Hamburg, Elberfeld, Düsseldorf, Brandenburg, Mecklenburg usw. zu dem Treiben der Reaktionäre Stellung genommen. Am Dienstag abend demonstrierten die Berliner Arbeiter in 17 Versammlungen gegen die Anschläge auf das Koalitionsrecht. In einer Resolution forderten die Versammelten die Beseitigung aller die Ausübung des Koalitionsrechts erschwerenden Vorschriften des geltenden Rechts und die Gewährung des vollen Koalitionsrechts an die Arbeiter und Angestellten, denen bisher dieses Recht durch das Dreiklassenparlament vorenthalten wurde. Die Versammelten protestierten gegen die Vorschläge im Entwurf der amtlichen Strafrechtskommission, deren gesetzliche Einführung die Arbeiter zu Hörigen herabdrücken würde. Die Versammelten forderten endlich die Beseitigung der ausnahmegesetzlichen Bestimmungen gegen die Jugendlichen und fremdsprachigen Arbeiter im Reichsvereinsgesetz.

Der Protest wird und muß noch weiterhin Wellen schlagen. In Lübeck wird die Arbeiterschaft am nächsten Donnerstag Protest erheben. Die Bewegung darf nicht zur Ruhe kommen, ehe sie ihr Ziel erreicht hat. Die neue Provokation durch den preußischen Polizeiminister muß dazu dienen, den letzten Arbeiter aufzupeitschen, damit er für seine Interessen eintritt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Sonntagsruhe.

Die Interpellationen über Zabern standen gestern auf der Tagesordnung, oder vielmehr die Interpellationen über die unerhörten Kriegsgerichtsurteile und über die reaktionäre Kampagne, die im Herrenhaus und im preußischen Abgeordnetenhause geführt wird. Der Herr Reichskanzler hatte sich lediglich über seine Bereitschaft zur Beantwortung ausgesprochen. Durch den Staatssekretär des Innern ließ er wissen, daß er die Antwort erteilen will, sobald die Urteile Rechtskraft erlangt haben. Der Bescheid klang zunächst reichlich unbestimmt. Erst im Laufe des Nachmittags, als die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ offiziös den Verzicht auf Berufung und Revision aussprach, wußte man, daß die Debatte wohl Anfang nächster Woche erfolgen wird.

Die gestrige Sitzung war im übrigen der ersten Lesung des neuen Gesetzentwurfes über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe gewidmet. Der Vertreter der Regierung, Ministerialdirektor Caspar, sprach davon, eine Ausdehnung der Sonntagsruhe begründen zu wollen. In Wirklichkeit stellt die Vorlage alles andere, nur keinen Fortschritt dar. Genosse Bender, der im Namen unserer Fraktion sprach, hatte die Aufgabe, gerade diese trostlose Unzulänglichkeit hervorzuheben, und er führte auch einen vollen Nachweis mit viel Material und wirksamen Argumenten. Sein Urteil faßte er in dem Satze zusammen: „Die Interessen der Arbeiter und der Angestellten sind den Interessen der Unternehmer restlos geopfert.“ Gegenüber diesem Versuch, weitreichende Ausnahmen von der Sonntagsruhe zuzulassen, vertrat der Redner der Sozialdemokratie die Forderung der völligen Sonntagsruhe, für die nicht nur die Angestellten und Arbeiter, für die auch ein großer Teil der kleinen Kaufleute und der selbständigen Unternehmer eintritt.

Das Zentrum, das aus religiösen Gründen die Einführung der völligen Sonntagsruhe regelmäßig zu fordern vorgibt, hat diesen Standpunkt längst verlassen. Herr Erzberger polemisierte in seinem Namen gegen eine schablonenmäßige Regelung, wie er sich ausdrückte, und für möglichst große Weitherzigkeit gegenüber den Unternehmern. Das nannte er Mittelstandspolitik! Auf den gleichen Ton waren die Reden aller übrigen bürgerlichen Parteien gestimmt. Herr Carmer-Zieserwitz von den Konservativen, der Nationalliberale List, der Fortschrittler Gunser, der Pole Dombeck, auch Herr Warmuth von der Reichspartei, sie alle variierten dasselbe Thema fast in denselben Worten.

Die sozialdemokratische Antwort auf diese sozialpolitische Unzulänglichkeit wird Genosse Dr. Quarck morgen geben.

Aus der Budgetkommission des Reichstags.

Die Budgetkommission des Reichstags trat am Mittwoch in die Beratung des Reichsetats ein. Es wurde mit dem Etat des Innern begonnen. Nach einer kurzen Debatte über den wettertelegraphischen Dienst und die recht minimale Verbreitung der Wetterkarten, wandte sich die Kommission der Frage der Familienunterstützung zu militärischen Uebungen eingezogener Mannschaften zu. Der Reichstag hat sich im vorigen Jahre für eine Erhöhung dieser Unterstützung ausgesprochen. Das Reichsamt des Innern glaubte, daß diesem Wunsche des Reichstags damit Rechnung getragen werden sei, daß die Ortslöhne in den meisten Orten ganz erheblich erhöht worden sind. Da diese Familienunterstützung prozentual nach dem Ortslohn berechnet wird, seien also diese Beträge von selbst gestiegen. Damit habe es sich erübrigt, eine besondere Novelle einzubringen. — Dieser Ansicht trat Genosse Hoch entgegen, mit dem Hinweis darauf, daß die Erhöhung der Ortslöhne eine Folge der Teuerung sei. Die rein formelle Steigerung stelle aber keineswegs eine Verbesserung der Verhältnisse dar. Die Absicht, die die Resolution des Reichstags im Auge hatte, ist nicht erfüllt. — Staatssekretär Kühn hatte finanzielle Bedenken; für eine Erhöhung der Familienunterstützung fehlten die Mittel.

Für die Aufwandsentschädigung an solche Familien, von denen bereits drei Söhne bei der Armee oder bei der Marine ihrer gesetzlichen Dienstpflicht genügt haben, sind 480 000 Mark eingesetzt. Dazu wird beantragt und beschlossen zu sagen:

Wenn aus einer Familie Söhne, die ihrer gesetzlichen Dienstpflicht genügten, zusammen sechs Jahre gedient haben, dann wird für jeden weiteren Sohn eine Aufwandsentschädigung von 240 Mark pro Jahr gezahlt.

Genosse Hoch regt an, diese Entschädigung nicht halbjährlich, sondern in kürzeren Zeiträumen zu bezahlen. — Diesem Wunsche trat sowohl der Vertreter der Regierung, als auch Abg. Erzberger entgegen, weil den Leuten mit einer größeren Summe mehr gedient sei. — Bei dieser Gelegenheit stellt sich heraus, daß statt der 480 000 Mark in Wirklichkeit

7½ Millionen

erforderlich sind. Diese Summe wurde auch in den Etat eingesetzt, wobei Genosse Dr. Südekum noch bezweifelte, ob man damit auskommen werde. — Diese höhere Summe soll durch Abstriche an anderen Etatspositionen ausgeglichen werden. — Schatzsekretär Kühn war damit einverstanden, fand aber lebhaften Widerspruch bei den bürgerlichen Parteien mit seiner scherzhaften Bemerkung, man könnte diese Summe ja dem Wehrbeitrag entnehmen.

Zu einer langen Debatte kam es bei der Forderung von 145 800 Mark für ein Reichsarchiv, das im Neubau des preußischen Staatsarchivs untergebracht werden soll. Redner fast aller Parteien, darunter die Genossen Dr. Südekum und Noske, traten dafür ein, daß das Reich ein eigenes Archiv errichtet. Die Sache wurde schließlich zwecks weiterer Klärung zurückgestellt.

Für die Untersuchung der Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter der Schwefelsäure-, Salzsäure-, Salpetersäure-, und Soda-Industrie werden 12 500 Mark verlangt und bewilligt. — Abg. Gothein wünscht, in diese Untersuchung auch jene Hüttenbetriebe einzubeziehen, die mit schwefelhaltigen Produkten zu tun haben. — Die Regierung bemerkte, daß zu den Erhebungen auch Arbeiter zugezogen werden sollen. Das gab dem Genossen Sachse Veranlassung, zu verlangen, daß man nicht etwa bloß Arbeiter zuziehen sollte, die von den Unternehmern bezeichnet werden, sondern auch Arbeiter, die von den Arbeiterorganisationen benannt werden. — Diesem Wunsche schloß sich Abg. Behrens (Wirtsch. Verg.) an. — Die Regierung gab auf diese Anregung keine Antwort. — Eine längere Debatte entspann sich dann noch über Art und Umfang der ländlichen Statistik.

Die preußische Regierung und die Hausbesitzer.

Das preußische Abgeordnetenhaus hatte am 18. Januar 1913 beschlossen, die Staatsregierung zu ersuchen, eine Untersuchung darüber herbeizuführen, auf welchem Wege durch Maßnahmen der Gesetzgebung den Notständen des städtischen Realkredits ein Ende gemacht werden könne. Auch der Reichstag hatte am 27. Januar 1913 einen ähnlichen Antrag an die verbündeten Regierungen gestellt. Offiziös wird nun hierzu durch die „Nordd. Allg. Zeitung“ gemeldet: „Die entsprechend diesem Beschlusse vom Reichsamt des Innern schon vorbereiteten Ausschußberatungen werden voraussichtlich umfassende Unterlagen für die Ergreifung von Maßnahmen zur Milderung der Kreditnot des städtischen Hausbesitzes bieten. Da die beteiligten preußischen Ministerien durch Kommissare in dem Beschluß vertreten sein werden, und da ferner die für Preußen in Frage kommenden sachverständigen Persönlichkeiten teils als Ausschußmitglieder, teils als Sachverständige zugezogen werden sollen, ist eine eingehende Berücksichtigung der Verhältnisse des preußischen städtischen Grundkreditwesens bei den Verhandlungen des Ausschusses zu erwarten. Wie wir erfahren, hat deshalb die preußische Staatsregierung von der Herbeiführung der von ihr seinerzeit geplanten besonderen Sachverständigenberatung über die Kreditnot des städtischen Hausbesitzes vorläufig abgesehen.“

Was dem preußischen Staate die Wucherzölle einbringen.

Die höheren Schutzzölle, die seit 1906, seit dem Inkrafttreten der Handelsverträge, ihre unheilvolle Wirkung ausüben, haben bekanntlich ein Steigen der Güter-

preise verursacht. Auch eine Erhöhung der Pachtsumme ist eingetreten, und da der preußische Staat seine Domänen verpachtet, so erzielt auch er bedeutend höhere Profite. In Ostpreußen sind in der letzten Zeit eine Anzahl Domänenvorwerke neu verpachtet worden. Das 538 Hektar große Vorwerk Kiauten (Kreis Goldap), das bisher 8926 Mark Pacht brachte, ist auf 18 Jahre für 12 049 Mark neu verpachtet worden. Das 619 Hektar große Vorwerk Bawken (Kreis Lötzen) brachte bisher 6838 Mark Pacht; jetzt ist es für 14 254 Mark verpachtet worden. Das 404 Hektar große Vorwerk Schnittken (Kreis Sensburg) ist für 14 530 Mark verpachtet worden. Die bisherige Pacht betrug 6525 Mark. Im Jahre 1914 kommen zur Neuverpachtung: das Vorwerk Saalau (Insterburg) 776 Hektar groß für 28 000 Mark (bisheriger Pachtpreis 19 871 Mark), das Vorwerk Stradaunen (Lyck) 436 Hektar groß für 13 690 Mark (bisheriger Pachtpreis 6872 Mark), das Vorwerk Wittinnen (Lyck) 340 Hektar groß für 11 170 Mark (bisheriger Pachtpreis 6722 Mark), das Vorwerk Friedrichsau-Rekau (Neustadt Westpr.) 447 Hektar groß für 16 152 Mark (bisheriger Pachtpreis 5646 Mark).

Also nicht nur verdoppelt, nein, sogar verdreifacht haben sich die Pachtsummen. Der Staat macht glänzende Geschäfte auf Kosten des arbeitenden Volkes. Aber die neuen Pächter werden sehr bald als „Notleidende" nach höheren Zöllen schreien.

[illegible]tsdebatte im preußischen Abgeordnetenhause.

Im preußischen Abgeordnetenhause sah man am Donnerstag der angekündigten Abrechnung des Führers der Konservativen v. Heydebrand mit Herrn v. Bethmann-Hollweg mit großer Spannung entgegen. Schon lange vor Beginn der Sitzung war das Haus und die Tribüne überfüllt. Auch die Ressortminister waren sämtlich anwesend, nur derjenige, mit dem Herr v. Heydebrand den Strauß ausfechten wollte, Herr v. Bethmann-Hollweg, fehlte. Vielleicht wußte er vorher, daß seine Gegenwart nicht nötig war, denn im Grunde genommen lief die Rede Heydebrands auf eine Abkanzlung der Regierung wegen ihrer Haltung zur Reichssteuerfrage hinaus. All zu tragisch darf man die Ausführungen des konservativen Führers nicht nehmen, denn am Schlusse kündigte er an, daß er der Regierung großmütig Verzeihung angedeihen lassen werde, wenn sie in Zukunft den von ihr eingeschlagenen Weg der Belastung des Besitzes durch neue Steuern wieder verlassen werde.

Nach Heydebrand ergriff der Zentrumsabgeordnete Bell-Essen das Wort, um in längeren Ausführungen die Stellung des Zentrums zur Frage der Reform des Dreiklassenwahlsystems darzulegen. Neues kam dabei nicht zutage. Er erklärte im wesentlichen, daß das Zentrum das Erreichbare zu erreichen suche und sich deshalb mit geringen Abschlagszahlungen begnüge.

Abg. Schiffer, der den linken Flügel der Nationalliberalen des Abgeordnetenhauses vertritt — im Reichstage gehört er zu den rechtsstehenden Nationalliberalen —, hatte die schwere Aufgabe, den unangenehmen Eindruck der Worte seines Fraktionskollegen Röchling einigermaßen zu verwischen. Daß ihm das gelungen ist, kann man nicht gerade behaupten. Seine Rede war eine echt nationalliberale Einerseits-Andererseits-Rede; er entschuldigte seine Freunde im Reichstage sowohl wegen ihrer Zustimmung zum Mißtrauensvotum gegen Bethmann-Hollweg, als auch wegen ihrer Steuerpolitik. Denn auf nichts anderes geht seine Erklärung hinaus, daß, wenn das Reich wieder neue Steuern brauche, die Besitzsteuern nicht ausgedehnt werden dürften.

Während der letzten Worte des Abg. Schiffer war Herr v. Bethmann-Hollweg in den Saal getreten, um, sobald Schiffer geendet hatte, auf die Rede des Herrn v. Heydebrand zu antworten. Er hatte selbst die Heydebrandsche Rede nicht angehört, sich aber von ihrem Inhalt unterrichten lassen. Was Herr v. Bethmann-Hollweg sagte, berührte äußerlich, wenn man sich vom rein menschlichen Standpunkte leiten läßt, durchaus sympathisch; aber wenn man den Inhalt seiner Rede unter die Lupe nimmt, so war seine Rede im wesentlichen ein Versuch, den Konservativen gut zuzureden. Er erklärte ja auch offen, daß er während des Kampfes um die Reichssteuern eingehend die Frage einer Reichstagsauflösung erwogen habe, aber aus taktischen Gründen von diesem Gedanken abgekommen sei.

Nachdem dann noch der freikonservative Abgeordnete v. Woyna sich einige Ausfälle gegen die Sozialdemokratie geleistet und Abg. Dr. Pachnicke von der Volkspartei sich in ähnlichem Sinne wie am Mittwoch der Abg. Wiemer geäußert hatte, wurde durch einen Schlußantrag unserm Genossen Liebknecht das Wort abgeschnitten. — Der Etat ging an die Budgetkommission. — Die nächste Sitzung findet Sonnabend statt; auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Wohnungsgesetzes.

Die Prozesse gegen Forstner und Reutter endgültig abgeschlossen.

In Sperrdruck veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg." an der Spitze ihrer Nummer vom 16. Januar die Mitteilung, daß weder gegen das Urteil im Prozeß Forstner die Revision angemeldet, noch gegen das Urteil im Prozeß Reutter Berufung eingelegt werden wird. Das für alle Zeit denkwürdige Dokument hat folgenden Wortlaut:

„Aus Straßburg wird gemeldet, daß der zuständige Gerichtsherr in dem gegen den Leutnant von Forstner anhängigen Strafverfahren auf die Einlegung des Rechtsmittels der Revision gegen das freisprechende Urteil des Oberkriegsgerichts verzichtet hat. Für diese Entschließung des Gerichtsherrn war ohne Zweifel ausschlaggebend, daß nach den tatsächlichen Feststellungen des Oberkriegsgerichts der Angeklagte drohenden tätlichen Angriff der auf seinen Befehl verhafteten Person abgewehrt und sich dabei innerhalb der erlaubten Grenzen der Notwehr gehalten hat. Da eine Nachprüfung der Entscheidung des Oberkriegsgerichts in bezug auf die Würdigung des Ergebnisses der Beweisaufnahme dem Revisionsgericht nach dem Gesetz versagt ist, mußte das Rechtsmittel der Revision als aussichtslos erscheinen.

Wie wir weiter hören, wird auch in dem Verfahren gegen den Oberstleutnant von Reutter der Gerichtsherr auf Einlegung der Berufung gegen das freisprechende kriegsgerichtliche Urteil verzichten. Für diesen Verzicht mag gesprochen haben, daß die eingehende Beweisaufnahme vor dem Kriegsgericht einwandsfrei den guten Glauben des Angeklagten an eine ihm nach seinen Dienstvorschriften zustehende Berechtigung zu dem Einschreiten des Militärs ergeben hat, und daß er deshalb nach anerkannten Rechtsgrundsätzen straflos bleiben muß.

Es ist richtig, daß in der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs von 1899 Teile der Allerhöchsten Kabinettsorder von 1820 verwertet worden sind, und zwar um das Notwehr- und Notstandsrecht des Militärs sowie die Fälle, in denen die Anwendung des Militärhoheitsrechts in Frage kommt, darzulegen. Aus ihrer Verwertung, die nach eingehenden Verhandlungen der beteiligten Ministerien im Jahre 1851 in allen seitdem erschienenen und veröffentlichten Neudrucken der Vorschrift gleichlautend erfolgt ist, haben sich bis jetzt keinerlei praktische Unzuträglichkeiten ergeben. Nachdem sich indessen bei den jüngsten Ereignissen in Zabern Zweifel daran ergeben haben, ob die Vorschrift von 1899 die Befugnisse der Zivil- und Militärbehörden richtig abgrenze, ist von Seiner Majestät dem Kaiser und König eine Nachprüfung der Dienstvorschrift angeordnet worden."

So mußte es kommen! Alle Hoffnungen der fortschrittlichen bürgerlichen Elemente auf einen besseren Ausgang der Zaberner Vorgänge vor den höheren Militärgerichten ist zuschanden geworden. Die Militärpartei hat die Macht und nützt sie gründlich aus. Nun hat der Reichstag wieder das Wort!

Ein Jagow-Erlaß vor dem Reichstage.

Der Berliner Polizeipräsident v. Jagow hat in einem Erlaß den Schutzleuten verboten, der „Vereinigung Berliner Schutzmänner" beizutreten. Als das Statut des Vereins zur Genehmigung eingereicht wurde, entschied Herr v. Jagow:

„Die Genehmigung zur Gründung der „Vereinigung Berliner Schutzmänner" wird nicht erteilt."

Gründe für sein Verbot anzuführen, hielt Herr von Jagow nicht für nötig. Dabei hatte es sich der Verein zur besonderen Aufgabe gestellt, königstreue Gesinnung zu pflegen. Der Abgeordnete Erzberger hat nun im Reichstag die Anfrage gestellt:

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der im Reichsvereinsgesetz auch den Berliner Schutzmännern garantierten Vereinsfreiheit gegenüber dieser Maßnahme der preußischen Behörde Geltung zu verschaffen?

Diese Anfrage wird am heutigen Freitag bei Beginn der Sitzung mit zur Beantwortung gestellt werden.

Die „Kölnische Zeitung" zum Kölner Polizeiprozeß.

Die „Kölnische Zeitung" bespricht am Donnerstag abend in einem Artikel den Polizeiskandal, der durch den Prozeß gegen unser Parteiblatt, die „Rheinische Zeitung", aufgedeckt worden ist. Das halboffiziöse Organ zieht gegen die Polizei frisch vom Leder und bemerkt zum Schluß:

„Wir hoffen und erwarten, daß die zuständigen Stellen mit aller Energie bemüht sind, die Lehren aus dem Prozeß zu ziehen, der zwar formell gegen den sozialdemokratischen Redakteur geführt wurde, aber aus einem Angeklagten einen öffentlichen Ankläger gemacht hat."

Dem elsaß-lothringischen Landtage

sind die neuen Steuervorlagen zugegangen, die ein Einkommensteuergesetz, ein Gesetz über Ergänzungssteuern und ein Gesetz über die Gemeinde- und Bezirkszuschläge vorsehen. Zum Teil sind die Vorlagen alte Bekannte. Eine Vermögenssteuervorlage liegt noch nicht vor; es sollen nach Regierungserklärungen erst die Erhebungen über Wehrbeitrag abgewartet werden. Das Budget sieht eine Ausgabensteigerung von 24 Millionen Mark vor, die nicht aus „einer Erhöhung für Steuern auf größere Einkommen herausgeholt werden könne". Das bedeutet, daß der Bedarf aus den Steuern der Minderbemittelten, der Arbeiterschaft, herausgewirtschaftet werden, eine Erhöhung von 50—100 Prozent ihrer bisherigen Steuer eintreten soll. Auf der einen Seite Beschimpfung der Bevölkerung, auf der anderen Seite höhere Steuern für die Armen. Glückliches Elsaß-Lothringen!

Ein Vorstoß der badischen Scharfmacher.

Der Verband der südwestdeutschen Industriellen hat an die badische Regierung eine Denkschrift gerichtet, in der sich der Verband gegen die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung ausspricht. Die badische Regierung hat bisher den wiederholt ausgesprochenen Wunsch des badischen Landtages, es mögen 100 000 Mark zwecks Einführung einer Arbeitslosenversicherung in den Staatsvoranschlag eingestellt werden, einfach ignoriert, auch im Voranschlag für 1914/15 kommt sie diesem Verlangen nicht nach. Die Scharfmacher können also mit der bisherigen Haltung der Regierung zufrieden sein. Sie befürchten aber offenbar ein Umschwenken der Regierung, da der Landtag wegen der Nichtachtung seines einmütig ausgesprochenen Wunsches mit ihr sofort ins Gericht gehen wird, und hoffen daher, mit ihrer Denkschrift der Regierung das Rückgrat zu stärken.

Österreich-Ungarn.

Die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums in Oesterreich. Vor Jahresfrist hatte im österreichischen Abgeordnetenhause Genosse Winarsky den Antrag gestellt, infolge der allgemeinen Verteuerung aller Bedürfnisse im Einkommensteuergesetz das steuerfreie Existenzminimum von 1200 auf 1600 Kronen zu erhöhen. Der Finanzausschuß lehnte den Antrag glatt ab; doch unsere Genossen ließen nicht locker. Der Antrag wurde erneut gestellt. Schließlich nahm ihn das Abgeordnetenhaus mit einer Stimmenmehrheit an. Nun opponierte die Regierung gegen den Beschluß und das Herrenhaus versagte ebenfalls seine Zustimmung. Unsere Genossen leiteten eine Volksbewegung zugunsten des Antrages ein, die den Erfolg hatte, daß eine gemeinsame Konferenz beider Häuser am Dienstag nach langer Debatte folgenden Beschluß faßte:

„1. Das steuerfreie Einkommen (Existenzminimum) wird von 1200 auf 1600 Kronen erhöht. 2. Die Skala der übrigen Stufen wird so bestimmt, daß die Steuer der Einkommen von 1600 bis 1800 Kronen gemäß dem Beschluß des Abgeordnetenhauses verbleibt, die Einkommen von 1800 bis 10 000 Kronen gemäß dem Beschluß des Herrenhauses besteuert werden. 3. Die Steuer der Einkommen über 10 000 Kronen wird über die bisherigen Beschlüsse (die in beiden Häusern die gleichen sind) um drei Prozent erhöht."

Also eine halbe Million österreichischer Staatsbürger, die mit ihrem geringen Einkommen ihren Lebensunterhalt knapp bestreiten können, sind nunmehr von der Einkommensteuer befreit. Der hierdurch eintretende Ausfall an Staatssteuern wird durch Erhöhung der Einkommensteuer der Reichen gedeckt. Am Donnestag werden beide Häuser dem Kompromißantrag endgültig zustimmen.

Rußland.

Die russischen Junker und die Schnapspest. Die russische Regierung, die ihren Etat dadurch aufrecht erhält, daß sie jährlich für eine Milliarde Rubel Branntwein verkauft, hat stets bei ihrer Förderung der Schnapspest die verständnisinnige Unterstützung des russischen Junkertums gefunden. Wie die Junker früher, zum Teil bis in die neueste Zeit hinein, aus der Schankgerechtigkeit Nutzen gezogen haben und sich dieses „Recht" gegen hohe Entschädigungssummen haben abkaufen lassen, so ziehen sie jetzt Nutzen aus dem Branntweinmonopol, indem sie Spiritus brennen und ihn dem Fiskus verkaufen. Diese gemeinsame Nutznießung der Schnapspest, die von breiten Volkskreisen in Rußland als eine Geißel des Landes empfunden wird, bewirkt, daß die Junker, genau so wie die Regierung, ihren politischen Einfluß aufbieten, um die Bekämpfung der Trunksucht von vornherein lahmzulegen. Als krasse Illustration zu dieser Tatsache kann folgender Vorfall dienen. Schon vor einiger Zeit ist auf das Drängen oppositioneller und bäuerlicher Duma-Abgeordneter hin eine Vorlage über die Bekämpfung der Trunksucht angenommen worden. Diese Vorlage bewegt sich keineswegs im radikalen Fahrwasser, sondern sucht durch kleine Palliativmittelchen das große Uebel der staatlich geförderten Trunksucht zu korrigieren. Trotzdem stößt diese Vorlage auf den hartnäckigen Widerstand des Reichsrates, dieser zumeist aus Junkern und ernannten Beamten bestehenden oberen Kammer. Den Schlüssel zu diesem Verhalten lieferte kürzlich ein Moskauer Blatt, indem es ein genaues Namensverzeichnis der Mitglieder des Reichsrates veröffentlichte, die als Spirituslieferanten des Fiskus jede Bekämpfung der Trunksucht als Beeinträchtigung ihrer Interessen betrachten müssen. Aus diesen Angaben, die offiziellen Quellen entnommen sind, geht hervor, daß zu den Vertretern des Alkoholkapitals im Reichsrate u. a. gehören: Graf A. Bobrinsky, Fürst Druzkoi-Sokolinsky, Fürst D. Obolensky, Baron A. Budberg, Baron A. Pilar von Pilchau, General W. von Wahl, Graf F. Uwarow, Graf S. Scheremejew, Baron Frederix, Graf J. Woronzow-Daschkow, Fürst A. Lobanow-Rostowsky, Graf W. Mussin-Puschkin u. a. Auch der Vorsitzende des Reichsrates Akimow ist an den Spirituslieferungen für den Fiskus interessiert. Insgesamt liefern Mitglieder des Reichsrates ca. 1½ Millionen Eimer Spiritus jährlich für den Fiskus! Grund genug, daß die hochgestellten Spiritusbrenner ihren politischen Einfluß aufbieten, um das ihnen vom Fiskus verliehene Lieferungsprivileg ungeschmälert aufrecht zu erhalten.

Nachträglich sei hierzu bemerkt, daß der Vorsitzende des Reichsrates Akimow nach der Veröffentlichung der hochgestellten Spiritusbrenner in der Presse dem Vertreter des Blattes, das diese Enthüllung gebracht hatte, den Zutritt zu den Sitzungen des Reichsrates verbot. Mit anständigen Mitteln vermögen eben die Nutznießer der Volkslaster nicht zu kämpfen.

Südafrika.

Der Streik ist nach Meldungen des Reuterschen Bureaus im Abflauen begriffen. In manchen Betrieben ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Söldner der Kapitalisten sind mit den schlimmsten Mitteln bestrebt, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Davon zeugt auch folgende „Siegesmeldung" der Arbeiterfeinde: Nachdem die Regierung die in der Gewerkschaftshalle Eingeschlossenen davon verständigt hatte, daß sie zu schärferen Maßregeln greife, wenn die Streikenden sich nicht ohne Widerstand ergäben, kapitulierte die Gewerkschaftshalle bedingungslos. Der Streikführer Bain und zehn andere hervorragende Führer der Ausstandsbewegung wurden verhaftet. — Durch Verhaftung der Führer hofft man die Massen gefügig zu machen. Ein bekanntes Rezept.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 16. Januar.

Reichstagsabgeordneter Genosse Max König-Dortmund wird am Donnerstag, 22. Januar in einer großen Volksversammlung im Gewerkschaftshause referieren. Diese Versammlung soll Protest einlegen gegen die von den Junkern und Scharfmachern erfolgten Angriffe auf das Koalitionsrecht, dessen Ausbau gefordert werden muß. Wir weisen schon jetzt auf diese Kundgebung hin.

Kann ein organisierter Arbeiter dem Jungdeutschlandbund angehören? So frug uns kürzlich ein Arbeiter. Wir antworteten ihm, schreibt das „Volksblatt für Anhalt", mit einem kurzen Nein, wie wir das mit unserer Ueberzeugung nicht anders glaubten vereinbaren zu können. Aber er ließ sich nicht so leichter Hand abweisen, sondern er meinte, das sei doch nicht so einfach, denn es sei Tatsache, daß eine ganze Anzahl Arbeiter doch wenigstens indirekt Mitglied des Jungdeutschlandbundes seien. Da seien Radfahrervereine, Fußballklubs und auch Wandervereine in letzter Zeit als Kollektivmitglied dem Jungdeutschlandbund beigetreten, und so seien auch organisierte Arbeiter in den Jungdeutschlandbund gekommen.

Der Jungdeutschlandbund ist gegründet worden, um mit Hilfe der Abenteuerlust und der Freude an der Kriegsspielerei der Jugend die junge heranwachsende Generation der gefürchteten Arbeiterbewegung zu entziehen. Mit allen möglichen Klimbim will man die jungen Leute beschäftigen, um sie davon abzubringen, über ihre wirtschaftliche Lage nachzudenken. Sie sollen über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse hinweggetäuscht werden, damit sie nicht in die

Reihen der schwer um ihre politischen Rechte und gegen die wirtschaftliche Unterdrückung der Arbeiter kämpfenden proletarischen Klassenorganisationen eintreten. Das ist der schon oft und klar zum Ausdruck gebrachte Zweck des Jungdeutschlandbundes und aller bürgerlichen Jugendorganisationen. Freilich sagt man das den jungen Leuten nicht, denn sonst würden gewiß manche jungen Arbeiter kopfscheu gemacht werden. Man umschmeichelt sie vielleicht und lockt sie so immer mehr in den Sumpf der Unaufrichtigkeit und Unwahrhaftigkeit hinein, in der Hoffnung, sie dann leichter zu den Zwecken des Verrats an den eigenen und den Interessen der Arbeiterschaft benutzen zu können.

Es ist darum eine der wichtigsten Aufgaben der älteren Arbeiter, ihren jüngeren Arbeitsbrüdern klar und deutlich an täglich sich wiederholenden Vorgängen zu zeigen, wohin die Fahrt der hurrapatriotischen Organisationen geht. Es ist kein Zweifel, daß Arbeiter, die auf ihre Ehre halten, sich nicht zu Helfershelfern der schlimmsten Arbeiterfeinde hergeben können. Aufklärung der jungen Arbeiter, die noch nicht den Gang der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse überblicken können, ist darum die allerdringendste Pflicht der einsichtigen Arbeiter.

Wir sind ja überzeugt, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse, die privatkapitalistischen Tendenzen, die Ausbeutung der Arbeitskraft zu den denkbar schlechtesten Löhnen und unter den traurigsten, entwürdigendsten Arbeitsverhältnissen auch den mißleiteten Arbeitern noch die Augen öffnen werden. Aber wir haben die Aufgabe, unsere jungen Arbeitsbrüder und -Schwestern davor zu behüten, daß sie die besten Jahre vertrödeln und verspielen, sie müssen vielmehr im eigenen Interesse schon frühzeitig auf ihre spätere Mission aufmerksam gemacht werden, um gute und tapfere Soldaten im Kampfe um die wahre Freiheit des Volkes zu werden!

Darum: Heraus aus dem Jungdeutschlandbund, heraus aus den sogenannten nationalen Turn- und Sportvereinen, aus den Militär- und Kriegervereinen! Stellt euch mit den Kampfgenossen für die Freiheit in die Reihen der modernen Arbeiterbewegung! Auch die Arbeiterschaft hat Sport- und Geselligkeitsvereine, die bestrebt sind, ihre Mitglieder zu kampfesfrohen und klarsehenden Männern und Frauen heranzuziehen. Ihr jungen Freunde, lest die Arbeiterzeitungen und betätigt euch als die zukünftigen Träger der Arbeiterbewegung in den Organisationen des Proletariats!

Von einer hiesigen sozialdemokratischen Freidenker-Versammlung, nach welcher 100 Personen ihren Austritt aus der Landeskirche beschlossen haben sollen, weiß der hiesige General-Anzeiger seinen Lesern zu erzählen. Richtig ist es ja, daß am letzten Sonntag in Lübeck eine von den Freidenkern einberufene Volksversammlung getagt hat, die zur Folge hatte, daß zahlreiche Teilnehmer der Kirche den Rücken zu kehren beabsichtigen. Nur hat die Sozialdemokratie weder mit dieser Versammlung noch mit der Kirchenaustrittsbewegung irgend etwas zu tun. Das sollte eigentlich auch der „General-Anzeiger" wissen.

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Dezember 1913. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amtes am 30. November 1913 114 496 Einwohner. Im Dezember kamen 82 durch Geburtenüberschuß hinzu und 132 durch Wanderung in Abgang, sodaß unsere Einwohnerzahl sich um 50 verminderte und am Jahresende 1913 114 446 (100 795) betrug. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr); es betrug die Zahl der

	Summe		auf 1000 Einwohner	
Eheschließungen	67	(55)	6,89	(5,72)
Geburten	206	(225)	21,17	(23,49)
Sterbefälle	124	(130)	12,74	(13,57)

Die Geburten nahmen also gegen das Vorjahr um 19 und die Sterbefälle um 6 ab, die Eheschließungen dagegen um 12 zu. Die natürliche Bevölkerungsvermehrung belief sich darnach auf 82 (95) Köpfe. Unter den Geborenen waren 27 oder 13,11 (28 oder 12,45 Prozent) unehelich und 1 oder 0,49 Prozent (7 oder 3,11 Prozent) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 25 (22) Fällen auf unter 1 Jahr und in 38 (25) Fällen auf über 70 Jahre. Todesursachen waren in 16 Fällen Krankheiten der Kreislauforgane, in 12 Fällen angeborene Lebensschwäche und in 11 Krebs. An ansteckenden Krankheiten erlagen 6 Personen, davon 4 an Scharlach und je 1 an Masern und Diphtherie. Anzeigepflichtige Krankheiten wurden 84 gemeldet, 54mal Scharlach, 25mal Diphtherie, 3mal Masern, 1mal Typhus und 1mal Lepra. Gewaltsamen Todes starben 8 Personen und zwar 4 durch Selbstmord, 1 durch Kindesmord und 3 durch Verunglückung. Die Wanderungsbewegung endete mit dem Verlust von 132 Personen, 1271 Zuzügen standen 1403 Abzüge gegenüber.

Einigungsamt für Mietsstreitigkeiten. Wir erhalten folgende Zuschrift mit dem Ersuchen um Abdruck: Besonders zu Beginn eines neuen Kalendervierteljahres häufen sich die Mietsstreitigkeiten; daher wird auch das Einigungsamt für Mietsstreitigkeiten um die Vierteljahrswende regelmäßig besonders stark in Anspruch genommen. An einem am Freitag, dem 9. ds. Mts. stattgehabten Termin standen 4 Sachen zur Verhandlung; mehrere Sachen hatten bereits, ohne daß es erst der Anberaumung eines Termins bedurft hätte, ihre gütliche Erledigung finden können. Die Sitzungen des Einigungsamtes lassen jedesmal von neuem erkennen, wie durchaus gesund und zweckmäßig diese Einrichtung ist. Unter der Leitung eines zum Richteramt qualifizierten Juristen, unter der verständnisvollen Mitwirkung von Männern aus dem praktischen Erwerbsleben (je ein Vertreter der Vermieter und der Mieter) und zumeist auch mit freundlicher Unterstützung der als Zeugen vernommenen und als Sachverständige in Betracht kommenden Personen werden die Streitfälle eingehend verhandelt und zumeist auch in einer beide Teile befriedigenden Weise gütlich erledigt. Hier werden Funken erstickt, bevor sie zünden; langwierige und kostspielige Prozesse werden vermieden — nicht immer, aber in der Mehrzahl der Fälle. Die Gerichte werden entlastet; von den Rechtsanwälten werden die Mietsprozesse zumeist gern entbehrt; übrigens steht auch ihrem Auftreten vor dem Einigungsamte nichts im Wege. Dem Rechtsfrieden dürfte durch das Einigungsamt ein erheblicher Dienst geleistet werden. Auch außerhalb Lübecks findet die Einrichtung lebhaftes Interesse; in großer Zahl laufen Nachfragen nach der hiesigen Einrichtung ein. An mehreren anderen Orten sind zurzeit ebenfalls Einigungsämter für Mietsstreitigkeiten nach dem Lübecker Muster im Entstehen begriffen.

Die Tage nehmen zu. Die ersten Wochen des neuen Jahres haben bereits eine wenn auch sehr geringe Zunahme der Tageslänge oder vielmehr des Tageslichtes gebracht. Hatte noch 3 Tage vor Weihnachten, am kürzesten Tage, die Länge des zwischen dem Aufgang und Untergang der Sonne liegenden „Sonnentages" nur reichlich 7½ Stunden betragen, so erreicht sie heute schon wieder die Länge von 8 Stunden. Die Sonne ging am 11. Januar um 8.04 Uhr auf und um 4,11 Uhr unter. Es geht langsam wieder aufwärts.

Kein Hafengefährdienst mehr. Das Polizeiamt macht bekannt: Der gemäß der Verordnung vom 8. Dezember 1913 eingerichtete Hafengefährdienst wird am 17. d. M. bis auf weiteres eingestellt, weil für die Aufrechterhaltung dieses Verkehrs gegenwärtig ein Bedürfnis nicht vorliegt. — Wir glauben nicht, daß die in Betracht kommenden Arbeiter die Meinung des Polizeiamtes über die Bedürfnisfrage teilen.

Vom Theaterbesuch. Das Stadttheater wurde im Dezember 1913 an 30 Abenden von 15 325 zahlenden Personen besucht, also durchschnittlich von 511 gegen 528 im Dezember 1912. Der größte Besuch war am 27. Dezember mit 917 Personen (Mignon), der kleinste Besuch am 22. Dezember mit 166 Personen (Der lebende Leichnam); an 8 Nachmittags-Vorstellungen von 7020 zahlenden Personen, also durchschnittlich von 878 Personen gegen 725 an 14 Nachmittags-Vorstellungen im Dezember 1912.

b. **Schöffengericht** am 15. Januar. Eine Warnung für Kutscher. Ein siebenjähriger Knabe wollte über die Straße springen, als der Kutscher O. unvorschriftsmäßig dahergefahren kam. Um den Knaben zu warnen, der in Gefahr geriet, unter den Wagen zu kommen, schlug O. mit der Peitsche auf den Kleinen los, wobei er ihn so unglücklich traf, daß er mehrere Wochen unter Schmerzen im Bette zubringen mußte. Wegen vorsätzlicher Körperverletzung wurde O. zu 40 Mk. Geldstrafe oder 8 Tagen Gefängnis und wegen Uebertretung der Straßenpolizeiordnung zu 5 Mk. verurteilt. — Wirtshausstreit. Am 11. November wurde gegen die Gebrüder Br. verhandelt, die der schweren Körperverletzung beschuldigt wurden. Die Verhandlung wurde, nachdem gegen den Knecht J. Br. zwei und gegen den Obermatrosen G. Br. sechs Monate Gefängnis beantragt waren, vertagt. Es handelte sich um einen Streit auf dem Tanzboden zu Sierksrade, bei dem Joh. Br. einem anderen Knecht auf die Füße getreten haben soll. Die Leute waren betrunken und so artete das Wortgefecht in eine Schlägerei aus. Erst setzte es Faustschläge ins Gesicht und dann wurde das Messer gezogen, das ums Haar das größte Unheil hätte schaffen können. Joh. Br. soll für sein wiederholtes Treten zuerst einen Schlag ins Gesicht bekommen haben, worauf die Schlägerei in Gang kam. Als der eine zur Tür hinausgedrängt wurde, bildete sich ein großer Knäuel, in dem sich Br. nicht wehren konnte, so daß auch der Bruder zu Hilfe kam. Der Bedrängte drohte mit dem Messer, wenn man ihn nicht loslasse. Der Drohung folgte die Tat. Der Knecht M. erhielt eine Kopfwunde, übler zugerichtet wurden die Gebrüder K. Der eine bekam Stiche in Arm und Kopf, mehrere Streiche verfehlten ihr Ziel, dagegen erhielt dessen Bruder einen Stich in den Hals, der sofort einen großen Blutverlust und Besinnungslosigkeit zur Folge hatte. Am andern Morgen mußte K. mittels Sanitätswagens ins Lübecker Krankenhaus übergeführt werden, wo er mehrere Wochen in Behandlung lag. Nach dem ärztlichen Befund handelte es sich um abnorme Blutungen, die leicht lebensgefährlich hätten werden können, da die Wunde bis an die Schlagader heranreichte und diese freilegte. Die Wunde bildete einen Blutsack, der noch nach Jahren Folgen haben kann. Die Angeklagten, die sich vier Wochen in Untersuchungshaft befanden, wollen in Notwehr gehandelt haben. Ihnen stand in der ersten Verhandlung kein einziger Entlastungszeuge zur Seite und die Staatsanwaltschaft soll weitere Ermittelungen für unnötig gehalten haben, obwohl die Messerstecherei das Ortsgespräch gebildet hatte. In der heutigen Verhandlung, die im wesentlichen dasselbe Bild ergab, waren 12 Zeugen geladen. Vom Staatsanwalt wurden die früheren Strafen erneut beantragt, während der Verteidiger die Freisprechung forderte, da die Angeklagten in Notwehr gehandelt hätten. Sollte K. Br. verurteilt werden, dann könne aber niemals vorsätzliche Körperverletzung in Frage kommen, die verbüßte Haftstrafe wäre für die Tat des Angeklagten völlig ausreichend. Das Urteil lautet für jeden auf 6 Wochen Gefängnis. K. Br. werden 2 Wochen Untersuchungshaft angerechnet.

Jahresbericht des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter, Zahlstelle Lübeck. Das Jahr 1913 stand im Zeichen der durch die Ueberproduktion hervorgerufenen wirtschaftlichen Krise. Wenn auch das warme Frühjahr auf eine bessere Belebung im Baugewerbe schließen ließ, so lag auf der andern Seite das Baugewerbe ziemlich darnieder. Erfahrungsgemäß ist die Konjunktur im Baugewerbe für die allgemeine Konjunktur von großer Bedeutung, welche nicht zuletzt die Brauindustrie berührt. Hinzu kam noch der regnerische Sommer, der besonders ungünstig auf den Bierkonsum einwirkte. Immerhin trat die Arbeitslosigkeit unter unseren Mitgliedern nicht so in Erscheinung als in verschiedenen anderen Gewerkschaften. Im allgemeinen verlief das Berichtsjahr für unsere Zahlstelle ruhig. Wenn Kämpfe und Lohnbewegungen nicht stattfanden, so doch nur, weil wir fast mit allen Betrieben auf mehrere Jahre im Tarifverhältnis stehen. Nur mit der Betriebsleitung der Möllner Brauerei wurde in eine Tariferneuerung eingegangen. Der Vorstand erledigte seine Arbeiten in 41 Vorstands- und anderen Sitzungen. An Versammlungen wurden eine General-, 11 Mitglieder-, 3 Gruppen- und 5 Betriebsversammlungen abgehalten. In Ratzeburg, Mölln und Grevesmühlen wurden je 8 Versammlungen abgehalten. Der Versammlungsbesuch in allen Versammlungen war in der ersten Hälfte des Berichtsjahres nur mäßig, während erfreulicherweise in der zweiten Hälfte derselbe etwas besser wurde. Auf dem Gebiete der Agitation veranstaltete der Vorstand im Juli eine Hausagitation. Die Fluktuation der Mitglieder war auch im verflossenen Jahre eine erhebliche. Der Zugang von Mitgliedern betrug 64, der Abgang 50, sodaß am Schlusse des Berichtsjahres zusammen 345 Mitglieder zu verzeichnen waren, entgegen 331 am Schlusse des Vorjahres. Am Orte selbst befanden sich 303, während 42 Mitglieder sich auf die zum Zahlstellenbereich gehörenden Orte verteilten. Die Kassenverhältnisse waren, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die ausgezahlten Unterstützungen eine Höhe erreicht hatten, wie wohl kaum in einem anderen Jahre, zufriedenstellend. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 7 819,90 Mk., deren Ausgabe 1 335,58 Mk. An Unterstützungen wurden ausgezahlt: Für Arbeitslose 613,80 Mark, für Kranke 1 339,40 Mk., für auf der Reise befindliche Mitglieder 65 Mk., für Gemaßregelte 9,20 Mk., in außerordentlichen Fällen 70 Mk. und an Sterbegeld 180 Mk. Der Kassenbestand der Lokalkasse erhöhte sich von 2018,75 Mk. auf 2403,87 Mark. In gewohnter Weise fand im Juni unser Sommerausflug statt, während unser Stiftungsfest im November veranstaltet wurde. An Verhandlungen machten sich im Laufe des Jahres 11 mit den einzelnen Unternehmern notwendig. Eigenartig wirkte das Verhalten der Betriebsleitung der Hansa-Brauerei. War schon in den letzten Jahren mit Arbeitskräften im genannten Betriebe gespart worden, so glaubte der Betriebsleiter auch noch eine am Ende des Jahres noch nicht besetzte Stelle vorläufig offen lassen zu müssen, obwohl nach unserer Meinung die Gründe hierfür nicht stichhaltig waren. Geradezu befremdend aber wirkte die Aeßerung des Betriebsleiters, daß er die Stelle am liebsten von einem jungen unverheirateten Menschen besetzen lassen wolle. (Glaubt man mit jungen Menschen besser umspringen zu können?) Wenn wir nun unseren Bericht schließen, wollen wir nicht unterlassen, die ernste Mahnung an unsere Mitglieder zu richten, unermüdlich mitzuarbeiten an den Aufgaben der Organisation. Sorgen wir dafür, daß auch der letzte Mann in unsere Reihen eintritt. Nur Einigkeit macht stark.

Schwankende Gesundheit. In der Woche vom 28. Dezember bis 3. Januar sind nach den Veröffentlichungen des Kais. Gesundheitsamts von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet, als gestorben gemeldet in: Aachen 13,8, Altona 14,0, Augsburg 21,2, Barmen 10,0, Berlin 13,5, Berlin-Schöneberg 14,8, Berlin-Wilmersdorf 6,6, Bochum 19,5, Braunschweig 14,1, Bremen 14,9, Breslau 14,9, Charlottenburg 11,0, Chemnitz 15,0, Danzig 17,7, Dortmund 13,3, Dresden 13,2, Duisburg 13,4, Düsseldorf 12,9, Elberfeld 12,9, Erfurt 8,7, Essen 17,6, Frankfurt a. M. 12,2, Gelsenkirchen 16,1, Halle 23,4, Hamborn 17,4, Hambrg 14,3, Hannover 12,5, Karlsruhe 13,8, Kassel 12,3, Kiel 14,5, Köln 16,0, Königsberg 15,0, Krefeld 14,5, Leipzig 12,9, Lübeck 14,5, Magdeburg 14,4, Mainz 12,9, Mannheim 15,1, Mülheim a. d. R. 10,5, München 16,6, Neukölln 9,6, Nürnberg 13,7, Plauen i. V. 12,6, Posen 22,1, Saarbrücken 6,4, Stettin 14,8, Straßburg 14,6, Stuttgart 14,4, Wiesbaden 17,6, London 18,6, Paris 21,4, Wien 13,8.

Der Elbe-Trave-Kanal ist eiseshalber für alle Schiffe gesperrt.

pb. **Münzendiebstahl in Lüneburg.** In der Nacht vom 11./12. d. M. sind aus einem Museum in Lüneburg eine Anzahl Lüneburger, Braunschweiger, Lübecker und Hamburger Münzen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Nachfrage für das Schildkraut-Gastspiel am Sonntag, dem 18. Januar, als Shylock in „Der Kaufmann von Venedig" eine so außerordentliche ist, daß jedem, der die Vorstellung besuchen will, nur dringend geraten werden kann, sich rechtzeitig Billetts zu sichern. Rudolf Schildkraut wird nur dieses eine Gastspiel absolvieren.

Oeffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck, Parade Nr. 1 (Schloß Rantzau). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 16. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

Durch einen sinnentstellenden Druckfehler ist in der Ueberschrift des gestrigen zweiten Hauptblatt-Artikels aus einem deutsch-russischen Streit um das türkische Erbe ein solches um das russische geworden. Unsere Leser werden diesen Fehler wohl selbst bemerkt und richtiggestellt haben.

Hamburg. Eine Kunde von der „Acilia", leider eine, die den Untergang bestätigt, trifft aus Valpareiso ein. Danach sind zwei Boote mit den Leichen eines Maats und zweier Matrosen des deutschen Dampfers „Acilia" in der Aguirra-Bai (Feuerland) aufgefunden worden. Bei der Hamburg-Amerika-Linie und der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft Kosmos liegt eine solche Meldung nicht vor. Der Dampfer ist, wie bereits gemeldet, am 27. Oktober 1913 von Coronel (Chile) mit Salpeter und Stückgut nach Hamburg abgegangen und seit dem 7. Januar bei Lloyds als verschollen angeschlagen.

Hamburg. Bedeutende Unterschlagungen. Großes Aufsehen erregt in Maklerkreisen das plötzliche Verschwinden des Mitinhabers der Haus- und Hypothekenmaklerfirma M. Goldschmidt u. Co. am Altenwall Nr. 60, des 1879 in Lübeck geborenen Kaufmannes Moses, genannt Moritz Goldschmidt, und seiner beiden jüngeren Brüder Josef und Hermann Goldschmidt. Durch die auf Anzeige inzwischen angestellten Recherchen der Kriminalpolizei wurde festgestellt, daß Moritz und Josef Goldschmidt an Hypothekengeldern 42 000 Mk., ferner 15 000 Mk., die der Firma zur Schließung einer Hypothek anvertraut waren, und etwa 5000 Mk. einkassierter Mietsgelder veruntreut haben. Josef und Hermann Goldschmidt waren nur Angestellte der Firma. Inwieweit Hermann Goldschmidt bei den Straftaten in Frage kommt, ist noch nicht festgestellt worden. Man nimmt an, daß die Summe der veruntreuten Gelder noch weit höher ist.

Kiel. Festnahme der Mörder des Wächters Libera. Der gewaltsame Tod des Arbeiters Libera, der bei der hanseatischen Baugesellschaft in Rendsburg in Arbeit stand, scheint nun doch seine Sühne finden zu sollen. Die Täter sind bereits verhaftet und im hiesigen Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

Bordesholm. Ertrunken. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Bothkamper See ertrank der aus Berlin gebürtige Gärtnergehilfe Kuschel.

Bremen. Die Bürgerschaft hat am Mittwoch über die Errichtung eines Gebäudes für die Sitzungen der Bürgerschaft beraten. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde das Bürgeramt beauftragt, die Frage zu prüfen, ob nicht wie in Hamburg und Lübeck die Bürgerschaftssitzungen in einem staatlichen Gebäude abgehalten werden könnten. Der gegenwärtige Sitzungsraum in der Börse ist sehr mangelhaft. Die Akustik ist schlecht und besonders die Tribünen sind so miserabel, daß es eine Qual ist, als Zuhörer den Verhandlungen beizuwohnen. Genosse Klein trat dem Berichterstatter, Herrn Hormann, entgegen, der die Errichtung eines Gebäudes ablehnte, weil die Kosten zu hoch seien. Er stellte den Antrag, eine Kommission niederzusetzen, die Frage weiter zu prüfen. Mit 44 gegen 38 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Die Unentgeltlichkeit des Beerdigungswesens ist den Besitzenden als sozialdemokratische Forderung verhaßt. Als am 3. Dezember die Bürgerschaft beschlossen hatte, wenigstens die Friedhofskapellen unentgeltlich zu heizen, glaubte man, daß der Senat dieser bescheidenen Forderung zustimmen würde. Aber der Senat lehnte ab und so fiel die Bürgerschaft unter Führung des Herrn Hormann wieder um. — Die Prägung von Drei-Mark-Stücken soll die Macht und Herrlichkeit der Bremer Republik noch mehr zum Ausdruck bringen. Obwohl wir 300 Millionen Mark Schulden haben, wird durch diese Prägung natürlich keine Schuldenabtragung erreicht, sondern sie kosten nur Prägekosten. Die jetzigen Bremer Münzen sollen in den Sammlungen verschwunden sein. Der Antrag wurde angenommen.

Bremerhaven. Wieder ein Fischdampfer verloren. Der Bremerhavener Fischdampfer „Ley", der Reederei Js. Vieting, der am 16. Dezember des vorigen Jahres den Geestemünder Fischerhafen zu einer Fangreise in die Gewässer östlich von Island verlassen hat, gilt nunmehr als verloren. Der Dampfer, der noch am 31. Dezember fischend gesichtet worden ist, hätte in den ersten Tagen des Jahres am Markte sein müssen. Man muß bestimmt damit rechnen, daß er gesunken ist, zumal da auch sein Kohlenvorrat für eine längere Zeit nicht ausgereicht hätte. Der Dampfer hatte eine Besatzung von 13 Mann und machte erst seine dritte Reise. Die Dampfer „Lachs" und „Forelle", die gleichfalls überfällig waren, sind im Polarmeer festgeraten. — Im Wahn. Im Krankenhaus in Lehe überfiel ein geisteskranker Arbeiter eine Schwester und einen Wärter. Er schlug beide zu Boden und verletzte sie schwer. Es gelang ihm, zu entfliehen; dann wurde er aber, notdürftig bekleidet, von der Polizei wieder aufgegriffen. Der Zustand der Ueberfallenen ist besorgniserregend.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck

Drucksachen jeder Art für **Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende** werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"

HOLSTENHAUS

G. M. B. H. LUEBECK HOLSTENSTR.

EIN GROSSER POSTEN

Bayr. Loden-Pelerinen

wasserdicht imprägniert, grau und oliv

Länge	75 cm	80 cm	85 cm	90 cm	95 cm
Besonders billig	3^{75}	4^{10}	4^{40}	4^{90}	5^{50}

Regulärer Preis sonst fast das Doppelte

Inventur-Ausverkauf 1914

Radikale Aufräumung

329

von Restbeständen aus der diesjährigen Inventur zu sensationell billigen Preisen

REST-POSTEN

Herren-Anzüge

moderne Fassons aus engl. gemust. Cheviotstoffen

Im Ausverkauf herabgesetzt: 12^{50} 15^{50} 19^{00} Regulär sonst 24^{00} bis 36^{00}

Herren-Anzüge

moderne Fassons aus einfarb. u. gemust. Kammgarn und Cheviot

Im Ausverkauf herabgesetzt: 21^{00} 24^{00} 29^{50} Regulär sonst 37^{00} bis 55^{00}

Herren-Ulster

Fassons letztjähriger Saison aus Diagonal- und Noppestoffen

Im Ausverkauf herabgesetzt: 12^{50} 17^{00} 24^{00} Regulär sonst 25^{00} bis 42^{00}

Herren-Paletots

moderne Fassons aus Marengo-Cheviot

Im Ausverkauf herabgesetzt: 15^{00} 19^{50} 26^{00} Regulär sonst 29^{00} bis 48^{00}

Konfirm.-Anzüge

in Kammgarn-, Tuch- und Cheviotstoffen

Im Ausverkauf herabgesetzt: 5^{00} 7^{00} 10^{00} Regulär sonst 15^{00} bis 28^{00}

Bis 75% im Preise herabgesetzt:

Ein Posten **Herrenstoffe** beste deutsche und englische Fabrikate. Passende Längen für Anzüge, Ulster, Beinkleider, Damenkostüme u. Sportröcke
Regulär m 10 bis 16.00 ℳ Jetzt m 5^{00} 4^{00} und 3^{50}
Maßanfertigung extra billig.

Knaben-Pyjacks aus Chev. u. Satintuch, warm gefüt. Regulär bis 12.00 Im Ausverkauf 5.50 und 2^{95}

Knaben-Ulster aus Stoffen engl. Art . . . Regulär bis 16.00 Im Ausverkauf 7.50 und 5^{50}

Weisse Jacken für Kellner u. Friseure a. Köper u. Satin . . Regulär bis 5.50 Im Ausverkauf 2.95 und 1^{50}

Burschen-Jacken aus blauem Bauerntuch und Pilot . . . Regulär bis 3.50 Im Ausverkauf 75 ₰ und 50 ₰

Schuhwaren

Ein Posten **Damen-Schnürschuhe** mit und ohne Lackkappe . . Regulär bis 7.50 jetzt durchweg 4^{50}

Ein Posten **Damen-Lackstiefel** mit Chevreau- u. Wildleder-Einsatz Regulär bis 12.50 jetzt durchweg 6^{50}

Ein Posten **Damen-Schnürschuhe** in Kalblack . . . . . Regulär bis 9.50 jetzt durchweg 4^{50}

Ein Posten **Damen-Schnürschuhe** mit Wildleder- u. Samteinsatz Regulär 7.50 jetzt durchweg 4^{95}

Ein Posten **Damen-Spangenschuhe** Gemsleder . . . . . Regulär bis 5.95 jetzt durchweg 1^{95}

Ein Posten **Damen-Ballschuhe** Satin und Glacéleder . . . . . Regulär bis 3.75 jetzt durchweg 1.50 und 95 ₰

Ein Posten **Herren-Schnürstiefel** Goodyear-Welt-Arbeit mit Lackkappen . . . . . Regulär 9.75 bis 12.00 jetzt durchweg 4^{50}

EIN GROSSER POSTEN

Original-Goodyear-Welt
Herren-Schnürstiefel
in Boxkalf, Chevreau und Kalblack
Regulär 16.50 und 18.00 Im Ausverkauf jetzt 9.50 und 7^{50}

Wollwaren

Kinder-Reformhosen Trikot mit angewebtem Futter . . . Regulär bis 2.25 durchweg 1^{40}

Herren-Trikot-Garnituren Jacke und Beinkleid, feinfarbig . . Regul. bis 7.00 Jetzt 4.50 3.75 u. 2^{00}

Reinwollene Kindersweater Regulär bis 3.50 Im Ausverkauf 1^{75}

Damen-Golfblusen Reine Wolle, weiß mit farbig . . . Regulär 5.50 Im Ausverkauf 2^{95}

Damen-Untertaillen Trikot mit angewebtem Futter . . . Regulär 2.45 Jetzt 1^{45}

Reinwollene Schals in schwarz und weiß . . . . . Regulär bis 2.65 Jetzt 1.65 u. 1^{00}

Damen-Sport-Serviteurs Reine Wolle, rein weiß und mit farbigem Streifen . . . . . Regulär bis 1.25 Jetzt durchweg 65 ₰

Strumpfwaren

EIN GROSSER POSTEN

Reinwoll. Damenstrümpfe engl. lang, Regulär 1.00 Jetzt 50 ₰

Flor- und Seide imit. **Damenstrümpfe** glatt und durchbrochen Regulär bis 2.00 mit wirklichem Verlustpreis . . 95 ₰

EIN GROSSER POSTEN

Reinwollene
Damenstrümpfe
engl. lang, einfarbig mit Seide gestickt und geringelt schwarz und farbig mit wirklichen Verlustpreisen
Regulär bis 2.50 Jetzt 1^{25} Regulär bis 1.75 Jetzt 95 ₰

GROSSE POSTEN

Reinwoll. Herren-Socken schw., und farbig, m. Seide gest., gestr. und gering., Regulär bis 1.85 Jetzt 75 ₰

Reinwoll. Kinderstrümpfe Gr. 5—9 Regulär bis 1.75 Im Ausverkauf 95 ₰ und 75 ₰

Lebensmittel

Frisches Fleisch

vom Lübecker Schlachthof:

Junges Rindfleisch Bratenstücke ℔ 90 ₰	℔ 80 ₰
Kern. Schweinefleisch Bratenstücke ℔ 90 ₰	℔ 75 ₰
Junges Hammelfleisch Bratenstücke ℔ 1.00	90 ₰
la. Mast-Kalbfleisch Bratenstücke ℔ 1.00	℔ 90 ₰

Leberwurst	℔ 90 ₰	80 ₰	70 ₰
Blutwurst	℔ 80 ₰	60 ₰	
Preßkopf	℔ 80 ₰	70 ₰	
Gek. Mettwurst	℔ 1.20	90 ₰	70 ₰
Kohlwurst	℔ 1.00		
Speck fett	℔ 85 ₰		
Speck mager	℔ 95 ₰		
Frische Schweinesülze	℔ 70 ₰		

Valencia-
Apfelsinen
süße Früchte Nr. 65 40 30 25 ₰

Almeria-
Weintrauben
große Beeren ℔ 45 ₰

Rot- und Weißkohl
feste Köpfe
℔ 3 ₰

Tafeläpfel	℔ 40 ₰	30 ₰	25 ₰
Zitronen	Dutzend 65 ₰		
Tomaten	℔ 50 ₰		
Rosenkohl	℔ 15 ₰		
Blumenkohl	℔ 30 ₰	25 ₰	
Grünkohl	℔ 5 ₰		
Steckrüben	℔ 2 ₰		
Teltower Rüben	℔ 10 ₰		

Kolonialwaren

Gelbe Kocherbsen	℔ 10 ₰		
Grüne Erbsen	℔ 16 ₰		
Gelbe Erbsen geschält	℔ 27 ₰		
Grüne Erbsen geschält	℔ 26 ₰		
Weiße Bohnen	℔ 24 ₰		
Große Linsen	℔ 22 ₰		
Nudeln alle Fassons	℔ 35 ₰		

Frische
Flomen
℔ 80 ₰

Pa. Land-
Mettwurst
Grobe ℔ 1.00 Feine ℔ 1.25

Vom Faß:
Samos-Muskat rot und gelb Liter 95 ₰

Hafermast-Gänse Pfund 68 ₰

Ausgeschlachtet:

Brust 2—3 Pfund schwer	℔ 1.00
Keulen mit Rückenstück	℔ 90 ₰
Kleinfleisch	℔ 65 ₰
Gänseklein ca. 2½	℔ 70 ₰
Gänse-Pökelfleisch	℔ 60 ₰
Gänseleber	℔ 1.50

Feinste Tafelbutter	℔ 1.40	1.25	
Schweineschmalz	℔ 76 ₰		
Bratenschmalz	℔ 60 ₰		
Camembertkäse Schachtel	25	15 ₰	
Delikateß-Frühstückskäse	10 ₰		
Limburger Käse	℔ 50 ₰		
Schafkäse imit.	℔ 65 ₰		
Tilsiter Käse	℔ 80	70	60 50 ₰

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 13. Freitag, den 16. Januar 1914. 21. Jahrg.

Zabern im elsaß-lothringischen Parlament.

In der Sitzung am Donnerstagvormittag erhielt zunächst Abg. Wolf von der Fortschrittspartei das Wort, der auf die Beleidigungen der französischen Fahne zu sprechen kam und betonte, diese Beleidigungen seien schon deswegen traurig, weil viele alte Elsässer früher unter dieser Fahne ehrenvoll gestanden hätten. Die Nichtversetzung des Leutnants v. Forstner sei der erste Mißgriff gewesen, der alles andere verschuldet habe. Zum Schluß führt der liberale Redner aus, seine Partei wünsche, daß Graf Wedel jetzt nicht dem kommandierenden General geopfert werde und daß Elsaß-Lothringen ein selbständiger Staat im Rahmen des Deutschen Reiches werden soll.

Der nächste Redner ist der regierungsfreundliche Professor Dr. Müller von der Zentrumspartei, der der Regierung vorwirft, sie hätte nicht erst die Kompetenzfrage prüfen, sondern ihre moralische Autorität in die Wagschale werfen sollen. Man müsse von der Regierung erfahren, wer daran schuld sei, daß der Oberst Reuter, nachdem seine Entlassung bereits angenommen war, wie ein Eroberer nach Zabern zurückgekehrt sei. Es müsse jetzt alles daran gesetzt werden, daß gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt werde, sonst schwinde selbst das Vertrauen zur höchsten Stelle. Ihm habe sogar ein deutscher Offizier geschrieben, daß ihm angesichts des freisprechenden Urteils die Schamröte ins Gesicht gestiegen sei.

Der lothringische Abg. Schlumberger verlangt von der Regierung, daß sie den Platz räume, wenn sie nicht sichere Garantien für die Zukunft geben könne. — Auch der liberale Abg. Donnevert, ein alldeutscher Reserveoffizier aus Metz, findet es traurig, daß man selbst bis zum Generalstabe hinauf dem jungen Forstner, der keine Blüte der Nation und außerdem mit dem Verdacht der Mädchenschändung behaftet sei, im Gerichtssaale zu seinem Freispruch gratuliert habe.

In der Nachmittagssitzung nahm Genosse Peirotes das Wort. Er kritisierte das Straßburger Urteil ebenfalls scharf und stellte die Frage, ob die Justizverwaltung der elsaß-lothringischen Regierung schon etwas getan habe, um gegen die Berliner freikonservative „Post" vorzugehen, die die Richter, die im Zaberner Prozeß als Zeugen auftraten, des Meineids verdächtigte. Die Regierungserklärung, die am ersten Interpellationstage vorgelesen wurde, sei weiter nichts als ein Küssen derjenigen Hand, die vorher ohrfeigte. Daß eine militärische Nebenregierung existiere, habe sich schon vor zwei Jahren bemerkbar gemacht, als der Mülhausener Polizeipräsident mit Recht sich gegen die Anmaßung des Militärs gewehrt habe und dann von der Regierung fallen gelassen worden sei. Die Treibereien der Alldeutschen, die sich gefreut hätten, wenn es in Zabern zu einem Blutbade gekommen wäre, hätten nur das eine Ziel, einen Krieg mit Frankreich anzuzetteln, um event. auch noch das französische Lothringen, wo ungeheure Erzlager vorhanden sind, zu erobern, als Ersatz für das verloren gegangene Erzlager in Marokko.

Nachdem noch Abg. Drumm das Wort genommen hatte, kam der Antrag der vier Fraktionen zur Abstimmung, der unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen wurde.

Es folgt dann die Interpellation über den Mülhauser Krawall, bei dem zwei Arbeiter erschossen wurden. Der Abg. Martin (SD.) begründet die Interpellation und hält der Polizei vor, daß sie am Morde der beiden Arbeiter schuld sei. Darauf wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Der Abg. Emmel wirft der Regierung ihre Unterlassungssünden vor, die dazu beigetragen haben, daß es zum Blutvergießen gekommen sei. Auch die übrigen Redner kritisierten mehr oder minder scharf das Verhalten der Polizei. — Schließlich wurde ein Antrag eingebracht, der der Regierung die Mißbilligung über ihr Verhalten ausspricht. — Die Debatte geht noch weiter.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, 15. Januar.

191. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Albrecht (SD.) über die Vorgänge in Zabern. Eingegangen ist eine Interpellation v. Payer (VP.) ebenfalls über die Vorgänge in Zabern. Auf die Frage des Präsidenten erklärt

Staatssekretär Dr. Delbrück: Der Reichskanzler ist bereit, beide Interpellationen zu beantworten, sobald das gegen die beteiligten Offiziere schwebende Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist. Er wird sich über den Termin der Beantwortung mit dem Herrn Präsidenten verständigen.

Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Ministerialdirektor Caspar begründet den Entwurf, der die Beschäftigung der Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe am 1. Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag überhaupt verbietet, an den übrigen Sonn- und Festtagen in offenen Verkaufsstellen bis zu 3 Stunden für zulässig erklärt. Der Redner geht auf der Tribüne im Zusammenhang meist unverständlich, auf die vielfach zugelassenen Ausnahmen ein, und bemerkt, die Regierung glaube, mit der Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einem oft geäußerten Wunsche des Reichstags zu entsprechen.

Bender (SD.): Wohl selten hat ein sozialpolitischer Entwurf so enttäuscht, wie der vorliegende. Alle Wünsche, die die Angestellten und Arbeiter im Handelsgewerbe seit 14 Jahren geäußert haben, sind durch diesen unzulänglichen Entwurf zuschanden geworden, die Handelsangestellten und Arbeiter betrachten diesen Entwurf als die schlimmste Verhöhnung ihrer Forderungen, sie empfinden ihn als einen Schlag ins Gesicht, ihre Interessen sind im Entwurf restlos den Interessen der Unternehmer geopfert worden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Als 1869 der Versuch unternommen wurde, die Sonntagsruhe durch die Gewerbeordnung zu regeln, wurde das Handlesgewerbe ausgenommen, ebenso 1878. Bei den Erhebungen vor 30 Jahren sprach die große Mehrheit aller Gewerbetreibenden sich für die Einführung einer vollständigen Sontagsruhe aus, der Reichstag forderte 1868 die Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe, aber der Bundesrat lehnte das ab, vornehmlich auf Betreiben Bismarcks, dieses größten Feindes des Arbeiterschutzes. Nach Bismarcks Beseitigung wurde dem Reichstag im Jahre 1890 ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Gewerbeordnung vorgelegt, der eine Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vorsah. Die Bestimmungen traten im Juli 1892 in Kraft, und gelten heute noch. Am 1. Weihnachts-, Oster- und Pfingstfeiertag wurde die Sonntagsarbeit überhaupt verboten, an den übrigen Sonn- und Festtagen wurde sie bis zu 5 Stunden gestattet, und die Gemeinden erhielten das Recht, durch statutarische Bestimmungen weitere Einschränkungen eintreten zu lassen. Aber auch die Polizeibehörde erhielt die Befugnis zu weitgehenden Ausnahmen, wovon reichlich Gebrauch gemacht wurde. Im April 1907 erklärte der damalige Staatssekretär Posadowsky, es solle eine Revision der Bestimmungen über die Sonntagsruhe stattfinden. Es wurde auch ein Entwurf ausgearbeitet, gegen den aber die Handelskammern Sturm liefen und er verschwand in der Versenkung und die Sache wurde auf die lange Bank geschoben. Der sozialpolitische Eifer im Reichsamt des Innern ist also nicht gerade glänzend. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im Frühjahr 1912 wurde endlich ein Entwurf ausgearbeitet, der gegen den von 1907 erhebliche Rückschritte enthielt; aber dem deutschen Handelstag, dem er zur Begutachtung vorgelegt wurde, war er noch nicht rückschrittlich genug; die Frucht dieser Begutachtung ist der gegenwärtige Entwurf, der wesentliche Verschlechterungen gegenüber dem vorjährigen enthält, die Ausnahmen sind erheblich vermehrt, die zulässige Arbeitszeit in den Kontoren ist wesentlich verlängert. Der Grundsatz der vollen Sonntagsruhe ist in diesem Entwurf ganz fallen gelassen. Ganz neu ist die Bestimmung, wonach strenggläubige Juden, die Sonnabends feiern, dafür jüdische Angestellte am Sonntag 5 Stunden arbeiten lassen können. Der Entwurf bleibt vielfach zurück hinter den schon in der Praxis bestehenden Zuständen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ausnahmen wären lediglich notwendig für Backwaren, Fleisch, Milch und Eis an zwei zusammenhängenden Stunden des Sonntagvormittags, und für 6—10 Stunden am letzten Sonntag vor Weihnachten. Notwendig wäre eine Ausdehnung des Gesetzes auf die Handelsangestellten in Theatern, Vergnügungsunternehmungen und in Apotheken. Allerdings sind wir keine Anhänger der englischen Sonntagsruhe, die den Arbeitern jede geistige Anregung und Erholung am Sonntag nimmt. Wir wollen vielmehr, daß diesen Angestellten in Theatern usw. in der Woche eine 36stündige Ruhepause gewährt wird. Auf jeden Fall muß eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, wonach weitergehende Bestimmungen in den Ortsstatuten durch dieses Gesetz nicht aufgehoben werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) — Der Entwurf steht mit früheren Aeußerungen des Fürsten Bülow und des Herrn v. Bethmann-Hollweg als Staatssekretär im schroffsten Widerspruch, und ebenso mit dem Gutachten des Reichsgesundheitsamtes, das als Folge der Sonntagsruhe eine wesentliche Besserung der Gesundheitsverhältnisse der davon Betroffenen feststellt. Die Gesundheit der Hunderttausende von Angestellten sollte dem Reichstag über das Profitinteresse der Unternehmer und über die Unbequemlichkeiten für das kaufende Publikum gehen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Von einem Einnahmeausfall für die Geschäfte kann keine Rede sein, denn wenn die Konsumenten nicht am Sonntag kaufen können, kaufen sie eben am Alltag, wenn nur der Beutel gefüllt ist. In den Konsumvereinen ist ja auch die volle Sonntagsruhe durchgeführt. Auch viele Vereinigungen selbständiger Kaufleute haben sich für die volle Sonntagsruhe ausgesprochen und die Konsumenten beanspruchen durchaus nicht die Rücksicht, die der Entwurf auf sie nimmt. Wirtschaftliche Nachteile bringt die vollständige Sonntagsruhe nicht, dagegen große Vorteile in gesundheitlicher Beziehung. Für die Angestellten und Arbeiter ist die völlige Sonntagsruhe eine Lebensfrage. Auf die Dauer wird sich auf dem Weltmarkt nur das Volk behaupten, das körperlich und geistig das gesündeste ist. Soll das Wort „Deutschland in der Welt voran" nicht eine leere Phrase bleiben, so muß das Gesetz so gestaltet werden, daß eine wirklich völlige Sonntagsruhe gewährleistet wird. Millionen von Arbeitern und Angestellten erwarten vom Reichstag, daß er so verfährt; er wird dann im Sinne der allgemeinen Kulturentwicklung handeln. (Bravo! bei den Soz.)

Erzberger (Z.): Meine Freunde sind stets aus religiösen und sozialpolitischen Gründen für die Sonntagsruhe eingetreten. Aber man kann sie nicht schablonenmäßig regeln, wie es der Entwurf tut, dessen Verfasser vollständig vom „Berliner Blick" eingenommen gewesen sind. (Sehr gut! im Zentrum.) Wird dieser Entwurf Gesetz, so bedeutet das für zahlreiche Existenzen des Mittelstandes den glatten Ruin. (Widerspruch bei den Soz.) In den kleinen Landstädten entfallen 80 Prozent der Einnahmen der Kaufleute auf den Sonntag. Alle diese kleinen Kaufleute würden ruiniert werden, und die Bevölkerung würde ihren Bedarf bei den großen Warenhäusern decken und auf dem Lande zum großen Teil bei den Hausierern. Statt tatkräftiger Hilfe für den Mittelstand, die dem Mittelstand so oft versprochen ist, würde er durch diesen Entwurf zugunsten der großkapitalistischen Unternehmer und der Hausierer geschädigt werden. (Sehr wahr! im Zentr.) Der Entwurf bedarf also sehr wesentlicher Umgestaltung, die wir in der Gewerbekommission, an die wir ihn zu verweisen beantragen, vornehmen wollen. (Bravo! im Zentrum.)

List (NL.): Mit Rücksicht auf die Bedürfnisse weiter Kreise des Mittelstandes ist die volle Sonntagsruhe bei uns nicht durchführbar. Mit der Einbeziehung der Angestellten der Apotheken in dieses Gesetz sind wir einverstanden. Die Einführung der vollen Sonntagsruhe wäre gewiß eine Kulturtat, aber man muß auf die bestehenden Verhältnisse Rücksich nehmen. Der Entwurf berücksichtigt keineswegs einseitig die Unternehmer, sondern geht den gesunden Mittelweg. Hoffentlich können wir in der Kommission zu einem brauchbaren Kompromiß kommen. Ortsstatutarische Ausnahmebestimmungen sollten an die Zustimmung eines größeren Teiles der beteiligten Kreise und an die Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde gebunden werden. (Zust. bei den Natl.)

Graf v. Carmer-Zieserwitz (K.): Der Entwurf bringt gegenüber dem von 1907, der die völlige Sonntagsruhe einführen wollte, manche Vorteile. Mit Rücksicht auf den Mittelstand, vor allem in den kleineren Städten, ist die volle Sonntagsruhe nicht durchführbar. Die Angestellten im Handelsgewerbe sollten nicht vergessen, daß ihre Stellung in den letzten Jahren eine viel günstigere geworden ist. Die Kirchzeit muß unter allen Umständen freigelassen werden, denn keine Sonntagsruhe ohne Sonntagsheiligung. (Bravo! rechts.)

Gunszer (Vp.): Dem natürlichen Bedürfnis nach einmaliger Ausspannung in der Woche trägt der Entwurf Rechnung. Wenn viele Kaufleute die vollständige Sonntagsruhe ablehnen, so unter dem Zwang der wirtschaftlichen Verhältnisse. (Sehr richtig! bei der Volksp.) Für das Konditorgewerbe würde die völlige Sonntagsruhe geradezu den Ruin bedeuten. Ganz mit Recht hat Herr Erzberger betont, daß durch die Einführung einer völligen Sonntagsruhe der Mittelstand Schaden leiden würde, während die großen Kaufhäuser und der Hausierhandel davon Vorteil hätten.

Dombeck (Pole): Man darf nicht nur an die Interessen der Angestellten und Arbeiter denken, sondern auch an die der selbständigen Gewerbetreibenden. Diese würden unter Einführung einer völligen Sonntagsruhe leiden.

Warmuth (Rp.) schließt sich den Vorrednern an.

Dr. Mumm (WVgg.): Es ist bitter, zu sehen, wie die Regierung von ihrer eigenen Forderung der völligen Sonntagsruhe seit 1907 Schritt für Schritt zurückgewichen ist. Sollte diese nicht durchzuführen sein, so muß sie mindestens für die größeren Städte und für bestimmte Jahreszeiten festgelegt werden.

Die Weiterberatung wird vertagt auf Freitag 1 Uhr; (vorher kurze Anfragen und schleuniger Antrag Schiffer (NL.) auf Hinausschiebung des Termins für die Erklärungen betr. den Wehrbeitrag.

Schluß 6¼ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Militarismus und Landarbeitermangel.

In der konservativen „Ostpreußischen Zeitung" schreibt ein masurischer Agrarier:

„Wohl noch nie hat sich die Arbeiternot auf dem Lande so fühlbar gemacht wie in diesem Jahre. Die Mehreinstellung von 53000 Rekruten hat uns noch des letzten arbeitsfähigen Burschen beraubt. Eine Rückkehr auf das Land ist erfahrungsgemäß ausgeschlossen, und der Landmann muß sich mit dem, was zum Dienst mit der Waffe absolut unbrauchbar ist und Ausländern behelfen. Ein Material, das von Jahr zu Jahr schlechter wird und immer höhere Löhne fordert.

Dieses Eingeständnis ist recht interessant, zumal es aus Kreisen kommt, denen die Militärvorlagen der Regierung noch imer nicht umfangreich genug sind. So waren es ja die ostpreußischen Konservativen, die im Reichstage mehr Kavallerieregimenter forderten, als die Regierung. Freilich, die Junker wissen auch, daß ihnen während der Ernte ein Teil des Heeres wieder zur Verfügung gestellt wird.

Ein Vorstoß der sächsischen Pairs-Kammer.

Die Erste Kammer des sächsischen Landtags verhandelte am Mittwoch in langer Sitzung in allgemeiner Vorberatung den Etat. Dabei kam es zu scharfen Ausfällen der wüstesten Reaktion, wie sie selbst in jedem sogenannten hohen Hause zu den Seltenheiten gehört. Maßvollere Töne schlug noch der Dresdener Oberbürgermeister Beutler an, der sich mit nicht zu verkennender sachlicher Schärfe gegen den in der Wehrsteuer liegenden Anfang der direkten Reichssteuer wandte, die er als einen zu bekämpfenden Eingriff in die Domäne der Bundesstaaten bezeichnete. — Eine erstklassige Scharfmacherrede hielt dann Dr. v. Frege, bekannt als der Grünejungenfrege durch eine Rede im Reichstage, der die Zaberner Militärdiktatur in geradezu demonstrativer Weise verherrlichte. Er feierte den Obersten Reutter als den starken Mann, wie ihn die gegenwärtige Zeit brauche. Er machte ernsthaft den Versuch, daß die Heldentaten des Obersten im sächsischen Armee-Museum verewigt werden müßten. Die gleiche Ehrung gebühre dem Soldaten, auf den als Wachtposten in Zabern angeblich scharf geschossen worden sein soll. (Herr v. Frege stammt aus einer Börsen- und Bankier-Familie; er nimmt es aber an feudalem Getue mit dem protzigsten preußischen Junker auf.)

In dieselbe Kerbe schlug der bekannte Parteihäuptling der sächsischen Konservativen, Hofrat Dr. Mehnert, ein Ueberagrarier, früherer Präsident der Zweiten Kammer, den das neue Wahlrecht von der Bildfläche weggefegt hat. Dieser Herr verlangte Agrarierpolitik nach dem Muster von Wangenheim, der er als Vorkämpfer der Landwirtschaft feierte. Er nahm dann Bezug auf die Vorschläge im preußischen Herrenhause, unterstrich die dort gehaltenen Hetzreden gegen das Uebergewicht des Reichstags. Der Leutenot auf dem Lande müsse dadurch gesteuert werden, daß die Soldaten mehr als Ausbeutungsobjekte für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt und überhaupt innigere Beziehungen zwischen der letzteren und dem Heere hergestellt werden. Die sächsische Regierung habe in dieser Beziehung durch eine Rede des Ministers des Innern in der Zweiten Kammer enttäuscht. Danach ritt der zungengewaltige Herr eine Attacke gegen die Sozialdemokratie und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Er forderte ein Streikpostenverbot nach Lübecker Muster und zitierte die bekannte Antistreikrede des Kaisers, deren Befolgung er der Regierung nach dem Muster der Zuchthausvorlage dringend empfahl. Auf eine Reform der Strafgesetze könne man nicht warten, die er scharf ironisierte. Es werde zu viel danach gefragt, wie sich der Reichstag dazu stelle und wenig beachtet, was Pflicht sei. Der Regierung müsse zugerufen werden: Mehr tanzen. Jede Politik, die einen mehr versöhnlichen Standpunkt einnehme, sei unangebracht und zu verwerfen. Der Versuch der Versöhnung sei untauglich. Er bedeute eine Kapitulation vor

der Revolution. Es heiße, mit aller Schärfe vorgehen. Auf die Parteien dürfe man sich nicht verlassen. Die Regierung müsse Führerin in diesem Kampfe sein, das heißt, im Sinne dieser Scharfmachereien. Daß weiter eine intensivere vaterländische Erziehung der Jungen und Mädchen in den Volks- und Fortbildungsschulen gefordert wurde, paßte durchaus in den Rahmen, auch daß der Kultusminister dieser Hoffnung ausdrücklich zustimmte. — Oberbürgermeister Keil aus Zittau erklärte sehr zurückhaltend, daß er in Bezug auf Streikpostenverbot und vaterländische Jugenderziehung nicht mit Dr. Mehnert übereinstimme. — Auch Dr. Naumann, Sohn des Begründers der großen Dresdener Firma Seidel & Naumann, sprach sich entschieden gegen die Arbeitswilligenschutz-Wünsche Mehnerts aus. Das Bemerkenswerteste war jedoch, daß die Regierung zu dieser Draufgängerei völlig schwieg.

Die Romantik des Seemannslebens

veranlaßt viele junge Leute, sich irgendwo und zu irgendwelchen Bedingungen von irgend einer Reederei anheuern zu lassen. Gar bald nach dem Dienstantritt oder auf der ersten Reise machen die unerfahrenen Leute dann die Entdeckung, daß das Seemannsleben alles andere, nur nicht romantisch ist. Mit zu dem unangenehmsten Leben der Seeleute gehört unstreitig das Leben der Heringsfänger. Meist schlechte Kost, schlechtes Logis, je nach dem Fang eine völlig ungenügende Entlohnung. Dazu eine schwere, schmutzige und vollständig unregelmäßige Arbeitszeit an Bord der Heringslogger sind die Hauptmerkmale dieser Seemannsromantik. Die Folge dieser schlechten Lebensbedingungen der Heringsfänger ist natürlich, daß die meisten Fischereien unter ständigem Mannschaftsmangel zu leiden haben. Dieser Mangel ist um so größer, weil die Heringsfischerei nur Saisonbetrieb ist. Die Fischerei dauert ungefähr von Mitte Mai bis gegen Anfang November. Ist die Fangsaison vorüber, dann steht der weitaus größere Teil der Mannschaften den ganzen Winter über arbeitslos.

Diese Zeit wird dann von den Fischereigesellschaften und deren Agenten benutzt, um für die neue Saison wiederum Leute anzuwerben. So auch jetzt wieder. Die Beauftragten der Fischereien besuchen namentlich die Dörfer im ganzen Reiche, um die Mannschaften für die Saison kontraktlich zu verpflichten. Sehr viele Leute unterschreiben den Kontrakt, ohne sich der Tragweite dieser ihrer Handlung bewußt zu sein. Ist aber der Kontrakt unterschrieben, dann hat sich der Mann verpflichtet, und zwar nicht nur für eine Reise, sondern für die ganze Saison. Die Meinung, daß man dann nach Beendigung von einer oder zwei Reisen wieder abmustern kann, ist falsch. Der Schiffsmann muß an Bord bleiben, bis die Fischerei eingestellt wird. Nur Krankheit, die zur Arbeitsunfähigkeit führt, entbindet vom Dienst. Wer es dennoch unternimmt, den Dienst zu verweigern, verliert sein bis dahin verdientes Geld und läuft Gefahr, obendrein noch bestraft zu werden. Außerdem verpflichtet sich jeder, in solchen Fällen den Gesellschaften eine Entschädigung von 100 Mk. zu zahlen. Ueberhaupt sind die einzelnen Bestimmungen in den Kontrakten so, daß sie verdienen der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten zu werden. Zum Beispiel wird bestimmt:

Ein jeder verpflichtet sich, rechtzeitig in ..... sich einzufinden und haftet der Gesellschaft voll und ganz für alle Schäden, welche durch Verzögerung und sein Nichterscheinen verursacht werden.

Die Mannschaft verpflichtet sich, ohne Rücksicht auf Tageszeit oder Feiertage bei jeder Rückkehr des Schiffes sofort die Netze zu löschen.

Für Beschädigung am Fischgerät, welche durch fahrlässige Behandlung an Bord entstanden sind, haftet die Mannschaft solidarisch.

Derjenige, welcher sich der Kontrakterfüllung entzieht, hat die gesetzlichen Folgen zu tragen und hat außerdem der Gesellschaft 100 Mark Entschädigung zu zahlen.

Die Mannschaft verpflichtet sich, auf vorgenanntem Logger und bei jedem anderen Schiffer der Gesellschaft zu dienen und Sonntags zu fischen, wenn der Schiffer es für dienlich hält.

Wie ersichtlich, enthält der Kontrakt eine Reihe von Verpflichtungen, denen, wenn sie einmal unterschrieben sind, sich niemand entziehen kann. Das soll und muß jeder bedenken, ehe er seine Unterschrift unter einen derartigen Kontrakt gibt. Die Schiffsleute der Heringslogger sind nahezu rechtlos. Durch den Kontrakt werden eine Reihe von Bestimmungen der ohnehin schon dürftigen Schutzbestimmungen der Seemannsordnung ausgeschaltet, so daß der Seemann der Gnade oder Ungnade der Reedereien und ihrer Vertreter ausgeliefert ist.

Aus allen den angeführten Gründen haben die Heringsfischer versucht, den Kontrakt zu beseitigen, um auf Grund der Bestimmungen der Seemannsordnung angemustert zu werden. Die Reedereien weigern sich aber hartnäckig, diesen ihren Kontrakt fallen zu lassen. Sie wissen, daß sie dann nicht mehr so rigoros mit den Mannschaften verfahren können, wie sie es jetzt tun. Weitere Bestrebungen der Mannschaften, eine bessere Kost und vor allen Dingen eine einigermaßen ausreichende Lohnung zu erhalten, sind bisher an dem Herrenwillen der Fischereien gescheitert. Für das nächste Jahr hat man den Leuten die „Tonnengelder" erhöht. Das sind die sogenannten Fangprämien. Diese Erhöhung der Tonnengelder sieht natürlich bloß auf dem Papier und bedeutet absolut keine Erhöhung des Einkommens, da die Mannschaften die Tonnengelder nicht nach den auf See gepackten Heringen, sondern auf Grund der Landpackungen erhält. Diese Packungen entziehen sich aber der Kontrolle der Leute. Der eigentliche Lohn, den die Mannschaft erhält, ist mehr wie dürftig. Es wird z. B. gezahlt:

Bestmann mit Patent . . .	13,50	Mk. pro Woche.
Bestmann ohne Patent . . .	13,50	„ „ „
jeder der Matrosen	12,—	„ „ „
jeder der zwei Oudjen . . .	9,—	„ „ „
der Jungte	6,75	„ „ „
der Reepschläger	5,—	„ „ „
der Reepabholter	4,50	„ „ „

Dazu kommen dann die erwähnten Tonnengelder. Alle Versicherungen, daß in der Saison 1000 Mk. und mehr zu verdienen sind, gehören in das Reich der Fabel. Das Leben der Loggermannschaften ist also schwer und schlecht, die Bezahlung miserabel. Die Gesellschaften treten alle gerechten Ansprüche der Mannschaften mit Füßen; sie zeigen den Mannschaften nicht das geringste Entgegenkommen, obwohl sie selbst hohe Subventionen vom Staat erhalten. Unterschreibe daher niemand einen solchen Kontrakt als Heringsfänger. Weise den Agenten und Vertretern der Reeder die Tür. Nur der Not gehorchend, werden sich die Fischereigesellschaften bereit finden, bessere und menschenwürdige Arbeitsverhältnisse für die Loggermannschaften einzuführen.

Soziales.

Zum Kampf zwischen den Krankenkassen und den Aerzten. Aus Breslau wird gemeldet, daß im Landkreise Breslau eine vorläufige Verständigung zwischen Aerzten und Krankenkassen erzielt wurde. In Königsberg i. Pr. traten die Aerzte am Mittwoch in den Streik ein. Auch in Groß-Berlin soll nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes" der Frieden zwischen Kassen und Aerzten gefährdet sein, da angeblich einzelne Kassen nicht gewillt sind, den im Oberversicherungsamt vereinbarten Grundsätzen völlig nachzukommen.

Zur Arbeitslosenfürsorge. Die Stadtverordneten von Mainz bewilligten 10 000 Mk. zur Unterstützung der Arbeitslosen.

Aerzte und Krankenkassen. Die Einigungsverhandlungen zwischen den Ärzten und Krankenkassen in Breslau sind gescheitert, und zwar haben die Kassen einstimmig beschlossen, den Vorschlag der Ärzte auf Einführung der freien Aerztewahl, ferner den Vorschlag der Regierung auf probeweise Einführung der freien Aerztewahl abzulehnen. Auch in Zittau (Sachsen) ist es zum Konflikt gekommen. Die Aerzte verlangten von der Ortskrankenkasse, daß die vor einiger Zeit für einen Teil des Bezirks verpflichteten, im nahen Grottau i. B. wohnenden Ärzte kurzerhand entlassen werden sollten, was die Vertreter der Krankenkasse ablehnten. Die Ärzte haben darauf die Verhandlungen abgebrochen und über die Kasse die Sperre verhängt. Damit kommen von jetzt ab für die Kasse die erhöhten Honorarsätze in Anrechnung. Mit den übrigen Zittauer Krankenkassen finden noch Verhandlungen statt. Aus Leipzig wird dem „Berliner Lokalanzeiger" gemeldet, daß nunmehr im allgemeinen die im Reichsamt des Innern gepflogenen Verhandlungen nicht mehr zur Grundlage des neuen Vertragsabschlusses dienen werden, vielmehr dürften hierfür in allernächster Zeit neue Verhandlungen eingeleitet werden. Nach einer Meldung der „Post" haben die Vorstände der zu einem Krankenkassenverband zusammengeschlossenen Krankenkassen Berlins in einer längeren bis um Mitternacht währenden Versammlung die Vorschläge, die von den Aerzten in der Einigungsverhandlung am 8. Januar gemacht worden sind, einstimmig abgelehnt. Bei diesen Vorschlägen handelte es sich hauptsächlich um die freie Arztwahl bei den Ortskrankenkassen. Nach Mitteilung in der Versammlung sei für die ärztliche Behandlung der Versicherten durch die neuangestellten Ärzte genügend Vorsorge getroffen.

Die Zünftler gegen Ausdehnung der Unfallversicherung. Der deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag wendet sich in einer Eingabe an den Reichstag dagegen, daß Berufskrankheiten in die Unfallversicherung einbezogen werden. Den Arbeitern wird der Vorwurf gemacht, der Schwerpunkt ihres Bestrebens liege darin, daß sie durch die Abwälzung der gewerblichen Krankheiten auf die Unfallversicherung eben die Kranken- und Invalidenversicherung, zu welch beiden Versicherungsarten sie Beiträge mitzuleisten haben, wesentlich entlasten, die Unfallversicherung dagegen wesentlich belasten wollen, weil hier der Arbeitgeber allein den Beitrag zu leisten hat. Die Zünftler stellen dann weiter die Behauptung auf, in sehr vielen Fällen gewerblicher Erkrankung und bei einer Reihe von Betriebsunfällen ist auch nicht der Betrieb und der Arbeitgeber, sondern der Arbeiter selbst schuld. Wollte man den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen, so stehe zweifellos fest, daß alsbald nach dem bekannten Sprichwort: „Mit dem Essen kommt der Appetit", alle möglichen Krankheiten als gewerbliche Berufskrankheiten deklariert werden. In unerhört dreister Weise werden die Arbeiter dann der Rentensucht und des Betruges bezichtigt. Die Verfasser führen nämlich aus:

„Die Rentenbegehrlichkeit und Rentensucht wird immer größer werden und vor allem zu einer Schädigung der Volksmoral zunächst insofern führen, als die Versicherten sich in zahlreichen Fällen zur Verwirklichung ihres Strebens nach Rente unerlaubter Mittel bedienen. Abgesehen von den Fällen der Simulation und des Betruges, die durch die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten eine beträchtliche Vermehrung erfahren würden, werden viele Leute dann tatsächlich unter dem demoralisierenden System der Rentenzahlung dauernd krank bleiben; sie bekommen die Rentenhysterie und Rentenneurose oder traumatische Neurose in einem noch weit höherem Maße, als dies heute schon der Fall ist. Man versteht darunter das Heer jener nervösen Störungen, die sich bei Unfallkranken zeitlich an eine Verletzung anschließen. Häufig ist die Körperschädigung dabei eine ganz geringfügige, und es entwickelt sich das Leiden langsam und allmählich auf dem Boden der Angst, der Besorgnis für die Zukunft, des Kampfes um Genugtuung, vor allem aber dominiert das Streben nach ausreichender und möglichst großer Entschädigung. Hier handelt es sich vielfach um Krankheiten, die der nicht Versicherte oder nicht vollständig Versicherte meist spielend überwindet."

Unterzeichnet ist dieses Kulturdokument von dem Herrenhaus-Klempner Plate und einem gewissen Dr. Meusch. Bei aller Arbeiterfeindlichkeit des Reichstags ist doch nicht anzunehmen, daß sich eine Mehrheit finden wird, die diesen Zünftlern zu Willen ist.

Aus Nah und Fern.

Ein Universitätsprofessor tödlich verunglückt. Donnerstag morgen um 1½ Uhr wurde Universitätsprofessor Freiherr Hermann von Soden, Pfarrer an der Jerusalemer Kirche, als er in Berlin auf Untergrundbahnhof Podbielskiallee einen schon in Fahrt befindlichen Zug besteigen wollte, durch die Bewegung des Zuges weggestoßen und mit dem Kopf an die Tunnelwand geschleudert. Er erlitt eine Gehirnerschütterung, an deren Folgen er wenige Stunden später starb.

Ein Familiendrama. Der Bergmann Zeet in Bottrop hat Mittwoch nachmittag seiner Frau und seiner vierjährigen Tochter die Kehle durchschnitten und sich selbst erhängt, wahrscheinlich aus Furcht vor Strafe, da gegen ihn ein Verfahren wegen Sittlichkeitsverbrechen an seiner elfjährigen Tochter schwebte.

5000 Menschen in Berlin obdachlos. Infolge der Kälte hat die Zahl der Besucher der Berliner Obdachlosenasyle während der ersten vierzehn Tage im Januar zum erstenmal, und zwar an mehreren Tagen, 5000 überschritten. — Göttliche Weltordnung!

Eine schwere Bluttat ist in der Nähe von Prenzlau entdeckt worden. In dem Dorfe Bandelow fand man die Frau des Bäckermeisters Rühling erschlagen auf. Unter dem Verdacht der Täterschaft ist ein Schmiedegeselle namens Prost verhaftet worden.

Die Passagiere des „Cobequid" gerettet! Die Royal Mail Company erhielt eine Depesche aus Halifax, daß alle Passagiere des „Cobequid" gerettet und nach Yarmouth gebracht worden sind. Die Besatzung des Schiffes wurde ausgeschifft, außer dem Kapitän und elf Mann, die nachts an Bord bleiben.

Russisches. Eine Delegation des Petersburger Bezirksgerichts verhandelte vor kurzem in Peterhof den Prozeß einer angeblichen Räuberbande. Es stellte sich heraus, daß alle Angeklagten völlig unschuldig waren. Bald nach ihrer Verhaftung hatten sie trotzdem ein Geständnis abgelegt, weil sie vom Polizisten Shiwno durch Folterungen dazu gezwungen worden waren. Durch Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß Shiwno die Angeklagten einzeln ins Arrestlokal geschleppt hatte, wo er sie entkleidete und dann mit einem Strick, an dessen Ende ein Stück Eisen befestigt war — verhörte. . . . Unter unmenschlichen Martern hatten die Angeklagten seinerzeit alles, was Shiwno verlangte, eingestanden und unterschrieben. Die Angeklagten wurden freigesprochen. In diesen Tagen hatte sich auch der zarentreue Shiwno vor dem Petersburger Appellhof zu verantworten. Der Appellhof verurteilte ihn zu einem Monat Arrest. . . . Natürlich bleibt er weiter auf seinem Posten.

Der Untergang von Kagoshima. Der erste Flüchtling aus Kagoshima ist Mittwoch abend in Tokio eingetroffen. Er berichtet folgendes: Die unterirdischen Geräusche und Ausbrüche begannen am 10. Januar. In der Nacht schlief niemand, vielmehr stellten alle Leute Lebensmittel bereit, um am Morgen zu fliehen. Am 12. Januar erfolgte ein Ausbruch des Sakuraschimavulkans. Die Bevölkerung stürzte ans Meer und suchte nach Booten und anderen Beförderungsmitteln, umch sich zu retten. Aus drei Spalten des Vulkans sah man Flammen bis zu einer Höhe von 1000 Metern auflodern. Gleichzeitig drang Rauch aus dem Berge hervor, und es folgte ein Regen von glühenden Steinen. Es läßt sich nicht beschreiben, wie schrecklich und trotzdem großartig die von Donnerschlägen begleiteten Ausbrüche waren. Der Donner war lauter als der des Bombardements von Port Arthur. Die Bewohner des Festlandes sandten sämtliche Boote herüber, um den Unglücklichen zu Hilfe zu kommen. Aber es gab nicht genug Schiffe, so daß zahlreiche Flüchtlinge den Versuch machten, schwimmend das Festland zu erreichen. Die meisten von ihnen ertranken. Kagoshima glich einem Schlachtfeld. Die Häuser wurden durch Felsstücke oder durch das Erdbeben zerstört. Ein Sonderzug nach dem andern fuhr ab, um die Bewohner von der Unglücksstätte fortzubringen. Da nicht alle Leute darin Platz fanden, so klammerten sich viele an die Wagen. Ich selbst mußte bis Hitojoschi auf diese Weise reisen. Es ist vollkommen unmöglich, die Zahl der Toten festzustellen. Aus Kumamoto wird gemeldet: Mittwoch haben die vulkanischen Ausbrüche und Erschütterungen in derselben Heftigkeit wie früher wieder begonnen. Auch eine große Flutwelle ist aufgetreten.

Sprechsaal.

Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Zur Berufswahl und Berufsberatung im Glasergewerbe.

An die Eltern und Vormünder!

Das Osterfest rückt immer näher und mit ihm der Zeitpunkt, an dem Tausende junger Menschenkinder die Schule verlassen und sich entscheiden müssen, welchen Beruf sie einmal für ihr zukünftiges Leben ergreifen wollen. Es gibt wohl auch keine zweite, so tief in das Leben des Arbeiters einschneidende Frage, wie die der Berufswahl. Die ganze zukünftige Lebenshaltung, die Möglichkeit, eine Familie zu gründen und diese zu erhalten, vor allem Gesundheit, Lebensfreude und Lebensdauer hängt von dieser Entscheidung ab. Eltern und Vormünder, die es mit dem Wohl ihrer Kinder und Pflegebefohlenen ernst nehmen, suchen deshalb über die Vorbedingungen und Aussichten der verschiedenen Berufe Erkundigungen einzuziehen und sehen sich nach geeigneten Lehrstellen für die Schulentlassenen um. Infolge der wirtschaftlichen Umwälzung der letzten Jahrzehnte durch technische Erfindungen und die dadurch bedingte teilweise Verdrängung der Handarbeit durch die Maschine, sind manche Berufsgruppen vernichtet oder zurückgedrängt worden, teilweise haben sich aber neue Berufe entwickelt. Für den Außenstehenden und Laien ist es deshalb geradezu unmöglich geworden, sich einen genauen Ueberblick über die einzelnen Berufe zu verschaffen. Der Wunsch nach einer Beratung mit Sachverständigen, um die Schulentlassenen in Berufen unterzubringen, in denen sie ihr ferneres gutes Fortkommen finden, ist deshalb sehr berechtigt, und die Berufsorganisation wohl die beste Beratungsstelle für Eltern und Vormünder.

Schon im vorigen Jahre hat die Organisation der Glaser infolge der Mißstände in diesem Berufe sich genötigt gesehen, an die Eltern und Vormünder die Bitte zu richten, ihre Kinder vor der Erlernung des Glaserhandwerks zu warnen. Auch in diesem Jahre kann die Organisation nicht umhin, diese Bitte zu wiederholen.

Zu einem derjenigen Berufe, deren Arbeiter noch unter den schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnissen, besonders aber unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden haben, gehört vor allem der Glaserberuf. Die statistischen Erhebungen haben ergeben, daß die Glaser nicht nur die am schlechtesten bezahlte Arbeiterkategorie sämtlicher Bauberufe sind, sondern auch am meisten durch die Arbeitslosigkeit geschädigt sind. Löhne von 18 bis 24 Mark pro Woche werden jetzt fast durchschnittlich noch in allen Landesteilen bezahlt und nur einige Großstädte, wo Tarifverträge bestehen, machen davon eine Ausnahme. Daß das Glaserhandwerk zu einem Saisongeschäft herabgesunken ist und auch die Ausbildung der Lehrlinge nicht mehr so vielfältig wie früher erfolgt, mußten in letzter Zeit sogar die Unternehmer eingestehen. Die Spezialisierung im Glasergewerbe bedingt aber zum Teil auch die ungeheure Arbeitslosigkeit. Doch lassen wier hier einmal die revolutionärste aller Wissenschaften, die Statistik, reden.

Von 100 Berufsangehörigen waren arbeitslos:

im Dezember	1912	. . .	10,1 Prozent
„ Januar	1913	. . .	17,0 „
„ Februar	1913	. . .	18,2 „
„ März	1913	. . .	16,3 „
„ April	1913	. . .	17,5 „
„ Mai	1913	. . .	13,6 „
„ Juni	1913	. . .	13,8 „
„ Juli	1913	. . .	8,2 „
„ August	1913	. . .	8,6 „
„ September	1913	. . .	11,0 „
„ Oktober	1913	. . .	11,5 „
„ November	1913	. . .	13,2 „

Nach den Berichten des „Reichsstatistischen Amtes" stehen die Glaser aber nicht nur der Zahl nach an erster Stelle, sondern sie haben auch die meisten Arbeitslosentage von sämtlichen Bauberufen aufzuweisen. Noch schlimmer sieht es aber aus, wenn die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit in Betracht gezogen werden.

Auf 100 Berufsangehörige kamen: im 4. Quartal 1912 31 Fälle, im 1. Quartal 1913 35,6 Fälle, im 2. Quartal 1913 38,7 Fälle, im 3. Quartal 1913 36,2 Fälle von Arbeitslosigkeit.

Im vorigen Jahre konnten wir berichten, daß in Berlin und Brandenburg auf je 100 Berufsangehörige 21 Arbeitslose pro Jahr kamen, im verflossenen Jahr betrug diese Zahl

im Januar 28,2, im März 38,9, im Juni 36,4 und im September 25,9 Prozent.

In der ersten Berichtswoche dieses Jahres wurden von 15 Nebenstellen des Zentral-Arbeitsnachweises 242 Arbeitslose gemeldet, in Berlin sind zurzeit gegen 200, in Leipzig 160 von 400 Beschäftigten arbeitslos. Ganz besonders sind es aber die jüngeren Arbeiter, welche arbeitslos werden, weil sie durch ihre einseitige Ausbildung nur ihr Brot als Bauglaser finden können.

Daß bei der Erlernung des Glaserhandwerks aber auch Rücksicht auf die Gesundheit des jungen Menschen genommen werden muß, steht außer Zweifel, wenn man die Statistik über die Erkrankungsfälle in den Bauberufen verfolgt. Es wäre ganz falsch, einen Knaben das Glaserhandwerk erlernen zu lassen, der zu Erkältungen neigt, oder reizbare Atmungsorgane besitzt, oder aber auch durch schwachen Körperbau empfänglich für Rheumatismus infolge von Zugluft und der Witterungsumschläge ist.

In den weitesten Kreisen hat sich auch die Ansicht schon Bahn gebrochen, von der Erlernung des Glaserhandwerks Abstand zu nehmen, und wenn nun, wie dies in Hamburg geschehen ist, Lehrlinge gesucht werden mit dem Hinweis, daß diese nach Beendigung der Lehre 2000 Mark pro Jahr verdienen, so geschieht dies nur, um die Oeffentlichkeit irre zu führen.

Wir ersuchen deshalb die Eltern und Vormünder, welche dennoch ihre Pflegebefohlenen das Glaserhandwerk erlernen lassen wollen, sich an die örtlichen Gehilfenorganisationen oder an nachstehende Adresse zu wenden. Zur näheren Auskunft sind diese gerne bereit.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Zentral-Verband der Glaser Deutschlands.
J. A.: Die Agitationsleitung.
A. Müller, Hamburg, Besenbinderhof 57 IV.

Literarisches.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart ist erschienen: **Die Christlichen Gewerkschaften**, insbesondere ihr Verhältnis zu Zentrum und Kirche. Von August Erdmann. 206 Seiten. Preis kartoniert 1,50 Mk. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die katholischen Arbeiterorganisationen bis 1900. — Die Gründung und das Programm der christlichen Gewerkschaften. — Der Kampf der Richtungen. — Von Zürich bis Essen. — Die christlichen Gewerkschaften in ihrem Verhältnis zu Zentrum, Kirche, Unternehmertum und Regierung.

Ferner ist erschienen: **Die Arbeitsordnung in den gewerblichen Betrieben Deutschlands.** Von Friedrich Kleeis, Arbeitersekretär in Halle an der Saale. 127 Seiten. Preis kartoniert 1 Mk. Der Verfasser hat es unternommen, über die Anwendung der Arbeitsordnungen Material aus der Praxis zusammenzustellen. Die Arbeit will den umfangreichen Mißbrauch, der von den Unternehmern mit den Arbeitsordnungen getrieben wird, beleuchten und zu einer Regelung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen anspornen. Er hat zu diesem Zweck in rund 2000 Arbeitsordnungen Einsicht genommen, die ihm von den örtlichen Verwaltungsstellen der freien Gewerkschaften zur Verfügung überlassen worden sind. Die auf diesem Wege festgestellten Tatsachen lassen deutlich erkennen, daß auf dem Gebiet der Arbeitsordnungen den Gewerkschaften noch außerordentlich viel zu tun übrig geblieben ist.

Briefkasten.

Abonnent in Schlutup. 1. In Lübeck muß ein Kind die Schule 8 Jahre lang besuchen. 2. Es ist den Eltern nicht gestattet, ihre Kinder von der Schule zurückzuhalten, wenn sie acht Jahre lang die Schule besucht haben, aber noch nicht 14 Jahre alt ist. 3. Jemand, der 70 Jahre alt und nicht genügend Marken geklebt hat, kann sich die fehlenden Marken auf einmal nicht kaufen, um dann die Rente zu beanspruchen.

Volksfürsorge.

Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Aktien-Gesellschaft.

Bureau: Johannisstr. 48, pt.

Geöffnet: Wochentags abends von 7½—9 Uhr.

Nähere Auskunft über die Volksfürsorge wird im Bureau erteilt. Ferner werden Anträge zur Aufnahme in dieselbe im Bureau und von den Hilfskassierern der Gewerkschaften entgegengenommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Komitee- und Kommissionssitzungen

D. T. V.

Heute Freitag 8½ Uhr: Vorstands-Sitzung

336 **Der Vorstand.**

Heute morgen entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Maurer (346

Heinrich Saß

im 60. Lebensjahre, tief betrauert von den Hinterbliebenen.

Trauerfeier am Montag, dem 19. Januar, nachmittags 2¾ Uhr, in der Vorwerker Friedhofskapelle.

Deutscher **Bauarbeiter-Verband**

Nachruf.

Am 15. Januar starb nach kurzer Krankheit im Alter von 59 Jahren unser Mitglied, der Maurer

Heinrich Saß.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Montag, dem 19. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Friedhof Vorwerk aus statt.

Die Teilnehmer versammeln sich um 2½ Uhr bei **A. Poski** (Weißer Hirsch).

334) **Der Vorstand.**

Lehrmädchen

gesucht zur gründlichen Erlernung d. Damenschneiderei, Musterzeichnen, Zuschneiden u. prakt. Verarbeitung. ½- u. ¼jährl. Kursus.

Frau **M. Hamarlund**, Damenschneidermstr.

331) **Königstr. 98.**

Zum **Waschen u. Reinmachen** besonders zum Einweichen empfiehlt sich das millionenfach erprobte **Waschmittel Kalomba** Pfund nur 25 Pfg. (4

Zum 1. April eine Wohnung mit Stall und Garten zu vermieten. Kirchenstraße. **J. Bruhn.** (327

Dunkelgrün. Sitz- u. Liegewagen sowie Gehrock u. Weste für mittl. Figur billig zu verkaufen.

333) Chaisotstr. 14. I.

Freitag, Sonnabend und Sonntag stehen **Ferkel** zum Verkauf. (328

Krögers Gasthof, Schwartau.

Elegante Maskenkostüme empfiehlt in jeder Preislage **Frau Anna Klempau,**

312) **Hartengrube 33, I.**

Eleg. Damen-Maskenkostüme bill. zu vermieten. Warendorpstr. 34, pt.

Ad. Hübner, Uhrmacher

Fünfhausen 13. 5

Reparaturen prompt u. preiswert.

In meinem

Saison-Ausverkauf

biete ich Ihnen

enorme Vorteile.

Herm. Kampff

früher Gebr. Barg (342

Kohlmarkt 5.

Man abonniert jederzeit auf das schönste und billigste Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München ◎ ◎ Zeitschrift für Humor und Kunst ◎ Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.— ◎

Abonnement bei allen Buchhandlungen und Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probenummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München

sollte es versäumen, die in den Räumen der Redaktion, Theatinerstraße 47III befindliche, äußerst interessante Ausstellung von Originalzeichnungen der Meggendorfer-Blätter zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Feinstes Pflaumenmus

aus frischen Früchten

in bekannt vorzüglicher Ware

5-Pfund-Eimer ..... **2.10** Mk.

10-Pfund-Eimer ..... **4.**— Mk.

Brech- und Schnittbohnen

fast fadenfrei per Dose ..... **40** Pfg.

Willi Markwardt 335

früher **D. H. Carstens Niederlage**

Kohlmarkt 15. Fernruf 964.

Uhren, Uhren, Uhren

(neu und getragen) sind staunend billig zu haben in **Lübecks kleinstem Laden** nur

Markttwiete 2

bei der Post. (3

Käselager Hüxstr. 83|85

Ein großer Posten

Tilsiter Vollfett

bei der Inventur zurückgesetzt sonst 80 nur **60** Pfg. pr. Pfund.

Ein großer Posten

Limburger

fette Ware (345

Pfund **50** und **60** Pfg.

Alter Wilster Marschkäse

Pfund **40** Pfg.

Die Arbeitsgarderoben von Bahr & Umlandt

— Breite Straße 31 —

sind anerkannt preisw. u. haltbar.

Zwirnhosen	. . 1.40	bis	3.50
Pilothosen	. . 2.50	bis	5.50
Maurerhosen	. 2.90	bis	7.50
Gen. Cordhosen	4.00	bis	9.50
Schlosseranzüge	2.80	bis	5.00

Klapp- u. Bauchhosen in allen Qualitäten.

Trotz der billigen Preise rote Lubecamarken.

1)

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der

Buchdruckerei des Lüb. Volksboten.

Johannisstraße 46.

Gute Bücher von bleibendem Wert

Zu Geschenkzwecken oder für die eigne Bibliothek

wählen Sie am besten

Hesses Neue Leipziger Klassiker-Ausgaben

(80 Dichter in 243 Bänden).

Vorzüge: Größte Vollständigkeit (viele Gesamt-Ausgaben) — Zuverlässige Texte — Wertvolle Biographien und Einleitungen — Beigabe von Porträts, Handschriften usw. — Guter Druck — Holzfreies Papier — Geschmackvolle Einbände.

Nach den Urteilen von literarischen Autoritäten und der Presse vermöge ihrer mannigfachen Vorzüge die brauchbarsten und preiswürdigsten Klassiker-Ausgaben!

Ausführliche illustrierte Kataloge kostenfrei.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Betten-Duve liefert bestens und billigst. 48 **Gr. Burgstr. 32.**

Sonnabend und Sonntag geben wir auf jedes (343

Pfund echt holst. vegt. Margarine **Eigelbpflanzenbutter** Marke H. B. Pfund 90 Pfg.

3 Schnecken u. 3 Berliner.

Allerf. Ia. holst. Zervelatwurst ℔ 1.50	F. Ia. holst. Leberwurst ℔ 0.80
„ „ „ Plockwurst ℔ 1.20	F. Ia. holst. Leberwurst ℔ 1.30
	„ „ ger. Mettwurst ℔ 0.90

I. allerfeinste holstein. Meierei-Tafelbutter **1.42** ℳ

Ia. frische Landeier . . . . . Stück 12 ₰, 10 Stück 1.15 ℳ

Spezialität **Holstein. Fettwaren** Spezialität

Inhaber: G. E. Herm. Wiese
Geschäftsf. G. Heinr. Flörke **Königstr. 48a.**

Sonntag ist der letzte Tag

meines grossen

Inventur-Ausverkaufs

Es liegt in jedermanns Interesse von den gebotenen

außerordentlichen Einkaufsvorteilen

noch rechtzeitig Gebrauch zu machen.

Herren- und Knaben-Konfektion

Große Posten **Herren-Anzüge**

regulär bis	22.50	32.50	39.50	46.50	54.50
jetzt	9.50	18.50	23.50	26.50	29.50

Große Posten **Herren-Ulster**

regulär bis	28.50	34.50	42.50	56.50	62.50
jetzt	14.50	19.50	26.50	29.50	36.50

Große Posten **Herren-Paletots**

regulär bis	23.50	34.50	39.50	49.50	59.50
jetzt	9.50	19.50	23.50	29.50	39.50

Große Posten **Loden-Joppen**

regulär bis	5.90	11.50	14.75	19.75	24.50
jetzt	3.00	6.75	9.75	12.50	16.50

Ein Posten **Arbeits-Hemden** 95 ₰ — Regulär bis 1.75 ℳ

Ein Posten **Gestrickte Westen** 1.90 — Regulär bis 2.95 ℳ

Große Posten **Herrenhosen** regulär bis 4.50 ℳ . . jetzt 2.75

Große Posten **Herrenhosen** rdgulär bis 9.50 ℳ . . jetzt 5.90

Ein Posten **Gummi-Mäntel** . . . . 8.50 — Regulär bis 22.50 ℳ

Ein Posten **Oeljacken u. -Röcke** 3.00 — Regulär bis 9.75 ℳ

Große Posten **Knaben-Anzüge**

regulär bis	3.60	4.90	8.50	12.50	19.50
jetzt	1.80	2.90	4.90	6.90	9.75

Große Posten **Jünglings-Anzüge**

regulär bis	16.50	26.50	36.50	42.50	49.50
jetzt	9.75	16.50	19.50	23.50	26.50

Große Posten **Knaben-Pyjacks**

regulär bis	3.90	5.90	8.50	12.75	15.75
jetzt	1.90	3.50	4.90	6.90	8.90

Große Posten **Knaben-Ulster**

regulär bis	10.50	12.75	14.75	18.50	22.50
jetzt	6.90	8.90	9.75	12.00	14.50

Ein Posten **Knaben-Hosen** . . . . 95 ₰ — Regulär bis 2.25 ℳ

Ein Posten **Knaben-Sweater** . . 90 ₰ — Regulär bis 1.90 ℳ

Große Posten **Knaben-Waschblusen** regulär b. 1.50 ℳ 50 ₰

Große Posten **Knaben-Waschanzüge** reg. bis 6.50 ℳ 2.75

Ein Posten **Knaben-Joppen** . . . 1.75 — Regulär bis 3.50 ℳ

Ein Posten **Kittel-Anzüge** . . . . . 5.90 — Regulär bis 12.50 ℳ

Herren-, Damen- u. Kinderstiefel

Einzelpaare für die Hälfte des Preises und darunter.

Ein Posten **Herren-Schnürstiefel**
Rindbox, starker Strapaziersiefel
sonst 11.50 — jetzt 7.90

Ein Posten **Herren-Schnürstiefel**
Chevreau mit Lackkappe, Goodyear-Welt
sonst 12.50 — jetzt 8.00

Ein Posten **Herren-Schnürstiefel**
Roß-Chevreau, mod. Form mit Lackkappe
sonst 11.50 — jetzt 8.50

Ein Posten **Herren-Schnürstiefel**
Boxcalf, vorzügl. Qualität, Goodyear-Welt
sonst 14.50 — jetzt 9.75

Ein Posten **Kinder-Oesenstiefel**
Roß-Chevreau mit Lackkappe, Derby-Schnitt
Größe 27—30 — jetzt 4.25
Größe 31—35 — jetzt 4.90

Ein Posten **Kinder-Oesenstiefel**
Roßbox, breite Form, Derby-Schnitt
Größe 27—30 — jetzt 3.75
Größe 31—35 — jetzt 3.95

Ein Posten **Kinder-Oesenstiefel**
Rindbox, bequeme Paßform, Derby-Schnitt

Größe	22—24	25—26	27—30	31—35
jetzt	2.20	2.40	3.50	4.25

Ein Posten **Damen-Schnürstiefel**
Roßleder, sehr haltbar
sonst 5.25 — jetzt 3.95

Ein Posten **Damen-Schnürstiefel**
Rindbox und Boxcalf, engl. u. amerik. Absatz
sonst 7.25 — jetzt 4.50

Ein Posten **Damen-Schnürstiefel**
Boxcalf und Rindbox, mit und ohne Lackkappe
sonst 8.50 — jetzt 6.25

Ein Posten **Damen-Schnürstiefel**
Chevreau, Goodyear-Welt
sonst 12.50 — jetzt 7.75

Rudolph Karstadt, Lübeck.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 13. Freitag, den 16. Januar 1914. 21. Jahrg.

Russische Polizeipraktiken in Köln.

Zu Beginn der Mittwochssitzung fehlt wieder ein Zeuge wegen Krankheit; die allgemeine Seuche, wie Verteidiger Heine bemerkte. Auf den Zeugen wird verzichtet. Wegen der schweren Erkrankung des Polizeiinspektors Landschultz konnte seine Vernehmung nicht durch eine Vereidigung geschlossen werden; das Protokoll über seine Vernehmung ist also nur eine Urkunde, nicht aber ein Beweismittel. Notgedrungen muß, um keine Vertagung eintreten zu lassen, auf Landschultz als Zeugen die Verteidigung verzichten.

Die kommissarische Vernehmung des Zeugen Hoffmann vom Ring-Café ergab das Eingeständnis der in seinem Lokal erfolgten Zechereien. Auf die Frage, ob er auch Geschenke an Inspektoren gegeben habe, verweigert der Zeuge die Aussage. (Allgemeine Bewegung.)

Der Zeuge Baugewerksmeister Jung begründet dann seine gestrige Aussage von den Sektgelagen und der Bemerkung Hoffmanns über seine guten Beziehungen, die ihm die Konzession für den Betrieb seiner Wirtschaft verschaffen würden.

Nacheinander treten dann die Beamten an, die vor dem Untersuchungsrichter die Aussage verweigerten. Der Kriminalschutzmann Quandt hat wiederholt Geld angenommen, aber nach seiner Behauptung für notwendige Auslagen.

Kriminalschutzmann Berger verweigert die Aussage darüber, ob ihm von Geschenken etwas bekannt sei. Er selber hat 15 Mk. einmal angenommen.

Kriminalschutzmann Wegener hat auch Belohnungen angenommen.

Kriminalschutzmann Hemperich meint, daß bei den kleinen Vigilanzgeldern die Schutzleute direkt auf die Annahme von Geschenken angewiesen seien, sonst könnten sie nicht erfolgreich arbeiten. Sie müßten Spitzel schmieren, um Angaben zu bekommen. Polizeirat Emmering habe die Rückerstattung von Auslagen mit der Begründung verweigert, daß er mit 3 Mk. einen ganzen Monat durch Köln laufe. (Große Heiterkeit.) Der Zeuge bestätigt, dem Publikum sei allgemein bekannt, man müsse bei Diebstählen den Beamten Geld geben.

Kriminalschutzmann Ueberall verweigert die Aussage.

Kriminalschutzmann Rumor will gleichfalls Geschenke nicht angenommen haben. Auf die Frage des Vorsitzenden, was denn geschehe, wenn der Bestohlene nichts hat, sagt der Zeuge: Ohne Geld sei nichts zu machen.

Polizeipräsident: Der Polizeirat Emmering ist bei der Verrechnung der Auslagen etwas streng. Wirkliche Auslagen werden aber ersetzt, bei größeren Sachen werden Vorschüsse gegeben. Vorsitzender: In der Regel werden aber Bestohlene gezwungen sein, den Beamten Geld zu geben?

Zeuge Rumor schildert seinen Dienst bei dem letzten Kaiserbesuch, wo er eine bestimmte Person beobachten mußte. Der Polizeirat verweigerte ihm die Erstattung der Ausgaben. — Polizeipräsident v. Weegmann: Von armen bedrückten Beamten kann keine Rede sein. Von Privatzuwendungen ist mir während meiner Dienstzeit überhaupt nichts bekannt geworden. — Verteidiger Mertz: Also beim Kaiserbesuch wurde ein Mann zwei Tage lang beobachtet, der eventuell das Leben des Reichsoberhauptes bedrohte. Dafür hat man nicht mal ein paar Mark übrig gehabt. — Verteidiger Heine: Und gestern hat uns der Herr Polizeipräsident noch erklärt, den Kriminalbeamten würden ohne weiteres besondere Ausgaben vergütet.

Kriminalschutzmann Hartmann verweigert die Aussage, ob von ihm Geschenke angenommen worden seien; desgleichen Kriminalwachtmeister Langer. Der Kriminalschutzmann Steimel hat ebenfalls ab und zu Belohnungen angenommen. Der Kriminalbeamte könne nur mit Geld arbeiten.

Kriminalwachtmeister Gehrke hat ebenfalls mehrfach Belohnungen angenommen; desgleichen Kriminalwachtmeister Christian. Ob andere Geschenke angenommen haben, darüber will der Zeuge die Aussage verweigern.

Kriminalschutzmann Homeyer hat in einzelnen Fällen Belohnungen angenommen; ebenso Kriminalschutzmann Dentsch.

Kriminalschutzmann Klinker hat vom Direktor Holländer 50 Mk. bekommen infolge einer öffentlichen Auslobung. Ueber andere Zuwendungen verweigert der Zeuge die Aussage.

Kriminalschutzmann Richter kann sich auf Einzelfälle nicht mehr besinnen, es könne im Jahre fünf- bis fünfzehnmal vorkommen, daß er Geschenke angenommen habe. Auf weitere Fragen verweigert der Zeuge die Aussage. Auch Kriminalschutzmann Lilienthal verweigert die Aussage auf die Frage nach der Annahme von gesetzlich verbotenen Geschenken.

Kriminalschutzmann Zander verweigert auf alle Fragen nach Geschenken oder Belohnungen die Aussage.

Einer nach dem andern der weiter vernommenen Kriminalbeamten verweigert die Aussage auf die Frage, ob sie Geschenke angenommen haben. Sie erklären, daß sie mit den Vigilantengeldern nicht auskommen können. — Kriminalkommissar Buß, dessen Fall am Dienstag erörtert wurde, bestreitet, eine Anzeige unterdrückt zu haben. Inspektor Eiben tritt vor und beteuert, sich nicht bewußt zu sein, jemals gegen seine Ehre gehandelt zu haben. — Es kommt dann zu einem aufsehenerregenden Zusammenstoß zwischen dem Polizeipräsidenten und Inspektor Kautz. Der Polizeipräsident erklärt, daß Kautz falsche Angaben über die Ursache seiner Versetzung nach Hannover gemacht habe. Die Versetzung sei auf seine, des Präsidenten ausdrückliche Anordnung erfolgt. Er habe dringendes Interesse daran gehabt, den Angeklagten bei der Aufhellung der ganzen Dinge zu unterstützen. Die zwanzig Kriminalbeamten sind nach der Behauptung des Polizeipräsidenten alle von Hannemann ermittelt worden, wogegen dieser erregt protestiert. — Kautz: Der Polizeipräsident hat hier unter Eid die Unwahrheit gesagt, wenn er behauptet, ich sei nicht auf meinen Wunsch versetzt worden. — Vorsitzender: Ich verbiete Ihnen diese Ausfälle. — Verteidiger Heine: Ich stelle fest, daß der Polizeipräsident Herrn Kautz der Unwahrheit bezichtigte. — Kautz entschuldigt sich mit seiner Erregung. — Polizeipräsident v. Weegmann: Es haben sehr ernste Auseinandersetzungen zwischen mir und Kautz stattgefunden. — Verteidiger Mertz fragt Kautz, ob er nicht jahrelang die rechte Hand des Präsidenten gewesen sei, der ihn jetzt so kurzerhand abschüttele. — Kautz gibt an, eine große Menge Arbeit geleistet zu haben, darunter sehr viel vertrauliche. — Polizeipräsident Weegmann: Ich habe in die Ehrenhaftigkeit des Kautz bis kurz vor seiner Versetzung nie einen Zweifel gesetzt. Er war immer ein ganz hervorragender Beamter.

Der Angeklagte Sollmann gibt dann folgende Erklärung ab: Er habe niemals die Absicht gehabt, wie er anfangs schon behauptet habe, den Polizeipräsidenten oder die Staatsanwaltschaft zu beleidigen. Ueberhaupt habe ihm jede Beleidigung irgend einer Person ferngelegen; er habe lediglich die wirklich vorhandenen Mißstände treffen wollen und bei der Verhandlung auch die Ueberzeugung gewonnen, daß der Polizeipräsident von diesen Mißständen nichts gewußt habe.

Polizeipräsident v. Weegmann: Ich habe aus der Erklärung des Angeklagten und den Verlauf der Verhandlung die Ueberzeugung gewonnen, daß der Angeklagte nicht wider besseres Wissen seine Behauptungen aufgestellt hat. Ich bitte daher, bei dem Urteil die Absicht der Beleidigung auszuschalten.

Nunmehr beginnt das Plädoyer des Staatsanwalts. Er zergliedert zunächst den Backschischartikel und bleibt dabei, daß alles, was die Anklage behauptet, die Beleidigung der Staatsanwaltschaft, des Polizeipräsidenten und sämtlicher Beamten aufrechtzuerhalten sei. Der § 193 des Strafgesetzbuches sei dem Angeklagten zuzubilligen; denn er habe die gute Absicht der Aufdeckung von Mißständen gehabt. Es könne eingewörfen werden, er habe aus Sensationslust gehandelt und Reklame für die „Rheinische Zeitung" machen wollen. Jedoch verkenne er nicht, daß der Angeklagte berechtigte Interessen haben wahren wollen. Denn mancherlei spreche zugunsten des Angeklagten. Er sei im juristischen Sinne Laie und habe überdies die Behauptungen Hannemanns für wahr halten können. Die ganze Aufmachung des Artikels und einige Ausdrücke fielen aber zu seinen Ungunsten in die Wagschale. Zu bestrafen sei er nur wegen formaler Beleidigung. Der Staatsanwalt geht dann ausführlich auf die Beweisaufnahme ein und versucht, die Kölner Polizeiverhältnisse so rosig als möglich hinzustellen. Bei den Geschenken habe tatsächlich wirklich Freundschaft eine Rolle gespielt. Auch bei den Konzessionsgeschichten sei nichts Positives erwiesen. Hirsch und Mawick hätten ihre Beziehungen zur Polizei zu Sondergeschäften ausgenutzt, ohne diese auch tatsächlich geschmiert zu haben. Im alten fröhlichen Köln, wo das halbe Jahr Fastnacht sei, könnte man auch die Gastereien der Beamten nicht so tragisch nehmen; sie hätten ja auch manchmal selber bezahlt. Auch die gespendeten Frühstückskörbchen seien nichts Schlimmes; höchstens entsprächen die mitgesandten Geldscheine nicht dem Ansehen der Polizei. Alles übrige liege lange zurück oder sei nicht mehr genau zu ermitteln. Auf die Zeugnisverweigerungen ging der Staatsanwalt überhaupt nicht ein. Von 950 Beamten der Kölner Polizei seien vielleicht nur 10 nicht ganz schuldfrei. Er beantragte dann gegen Sollmann eine Geldstrafe von 500 Mk.

Nachdem der Polizeipräsident als Nebenkläger auf das Wort verzichtet hatte, begann Verteidiger Mertz mit seinem Plädoyer. Er ging zunächst auf die Vorgeschichte des Prozesses, den Fall Hannemann, ein, indem er den bekannten Beweisantrag stellte. Der Backschischartikel des Angeklagten sollte ansetzen an der schon so oft kritisierten Tatsache, daß die Beamten in unzulässiger Weise Geschenke annehmen. Die scharfe Form sei durchaus verständlich, und das Prinzip des Artikels sei hier vor der Strafkammer mit vollem Siege verfochten worden. Das bestehende System des Geschenkeannehmens wird offiziell gebilligt. Das war der Kernpunkt der Angriffe. Von direkter Bestechung ist nirgends die Rede. Allerdings wendet er sich gegen ein offenkundiges Unwesen. Wenn es wahr sei, daß die höheren und höchsten Beamten Geschenke annehmen, dann müsse dadurch die Disziplin untergraben werden. Der Polizeipräsident sei hierbei selber von vornherein ausgenommen gewesen. Der Verteidiger geht dann ausführlich auf das Ergebnis der Beweisaufnahme ein. Sollmann habe die Rolle eines Vorkämpfers gegen schwere Mißstände gespielt. Er hat sich auf das berufen, was die Spatzen seit Jahren von den Dächern pfeifen. Diejenigen Kriminalbeamten, die heute vernommen worden seien, seien noch die besten der Kriminalpolizei, die ganz elend bezahlt würden. Am Schlusse seines fast zweistündigen Plädoyers beantragt Verteidiger Dr. Mertz die Freisprechung Sollmanns.

Mit scharfer Logik ging dann Rechtsanwalt Wolfgang Heine der Anklage zu Leibe. Ganz andere als Sollmann sind es, gegen die sich dieser Prozeß richtet. Unter den höheren Beamten, die der Angeklagte im Auge hatte, hat Herr Kautz eine besonders große Rolle gespielt: er hat nicht nur selbst die Ordensverleihungen vorgeschlagen, sondern selbst einen päpstlichen Orden erhalten. (Heiterkeit.) Sicher ist der Polizeipräsident im höheren Sinne für das Geschehene verantwortlich. Freilich, hätte man gewußt, was hier herauskommen würde, hätte man sich's doch wohl noch anders überlegt. Heine schließt daran eine scharfe Kritik der Argumente des Staatsanwalts. Der Ausdruck „Backschisch" war hier wirklich noch ein recht milder Ausdruck: es war etwas faul, sehr faul im Staate Dänemark. Dem Angeklagten steht der Schutz des § 193 zur Seite; auch formale Beleidigungen liegen nicht vor. In längeren juristischen Ausführungen wendet sich dann der Verteidiger gegen das Geschenkwesen, das juristisch durchaus nicht fundiert sei; nicht Einzelnen, sondern der Allgemeinheit haben die Beamten zu dienen, die durch Geschenke in Abhängigkeit auch bei ihren dienstlichen Funktionen geraten.

Die Honoratiorentochter.

Eine Erzählung von Edmund Hoefer.

(24. Fortsetzung.)

Nun saß sie dort und genoß „irgend etwas Kühlendes", ohne sich des Was recht klar zu werden, so eregt war sie, so voll, so abgezogen von Umgebung und Gegenwart durch alles, das es in ihr gab. Denn es war nicht allein das in ihr, was Dir am Leser eben in kurzen Zügen vorübergeführt, es schloß sich noch manches andere daran, — das versagte Fest, das sie noch immer nicht überwunden, die unbehaglichen Zustände in ihrem Hause, eine gewisse, zwar leise und dennoch nicht abzulehnende Beschämung darüber, daß der Gast des Hauses dies alles mit erleben, unter diesem allen mitleiden mußte; daß er von ihr selbst, von ihrer hübschen, geschmackvollen Häuslichkeit, auf welche sie sich so viel zu gut tat, einen so unbehaglichen und wenig ansprechenden Eindruck mit fortnehmen sollte — er, der interessante Mann, dessen Umgang sie leider — leider in dieser Zeit so wenig hatte genießen können, der —

Die Tür wurde rasch geöffnet, eine Dame erschien in der Oeffnung, warf einen prüfenden, wenn auch anscheinend vergeblichen — denn die Augen waren augenscheinlich kurzsichtig — Blick im Raume umher, zu Anna hinüber, schlüpfte dann vollends herein, zum weichgepolsterten Sofa, der an der Langwand stand, und nahm dort in der Ecke Platz, welche Annas Stuhl am Fenster zunächst war. Herr Fornari selber brachte das draußen Bestellte herein, und dann waren die Beiden wieder allein, — die Fremde bequem in die Ecke zurückgelehnt, das Tellerchen in der kleinen feinen Hand und ruhig essend; Anna gewissermaßen zusammengeschmiegt in ihrem Lehnstuhl, schwankend zwischen dem Wunsch zu bleiben und dem Triebe zu gehen — denn die Dame da so nahe bei ihr war die Nachbarin, zu deren Fenstern sie an jenem einsamen Abend mit solchem Neid von ihrem einsamen Zimmer aus hinübergeschaut — eine der ersten Damen der ersten Gesellschaft, ein schönes, feines, fröhliches und unbekümmertes Wesen, dem man, wie wir wissen, in andern Kreisen Gott weiß was alles nachsagte, und das doch, wenigstens in dem ihrigen, in anscheinend vollster Achtung, im unverminderten Ansehen stand, und wie es hieß, die ganze Männerwelt zu seinen Füßen sah — Lucie, die Gattin des früheren Landrats von Scharfenstein, der seit seiner Heirat, seiner Frau zu Liebe, den Posten aufgegeben hatte und — Anna begriff den Grund hierfür freilich nicht — in Waldberg lebte.

Nach einer Weile, — Anna hatte sich nicht entschließen können zu gehen; es sähe ja wie eine Flucht aus, dachte sie — setzte Frau von Scharfenstein den Teller auf den Tisch, wandte den Kopf und die schönen, nur ein wenig müden Augen der am Fenster Sitzenden zu und sagte plötzlich in einem gleichfalls einigermaßen müden, aber doch vollkommen freundlichem Tone: „nicht wahr, Sie sind es doch, Frau Nachbarin — Frau Doktor Wehrmann?"

Anna, die bisher, den Kopf leicht auf die Hand gestützt, aus dem Fenster geschaut, richtete sich fast überrascht auf und wandte sich der anderen zu. „Sie sind sehr gütig, gnädige Frau —", versetzte sie, halb piquiert und halb erfreut.

„Bitte, lassen wir die Redensarten unter uns, liebe Nachbarin", sprach Lucie im früheren freundlichen und leichten Tone. „Glauben Sie mir, ich freute mich, als Fornari mir vorhin sagte, wen ich hier im Zimmer treffen würde. Grüßen und anreden konnte ich Sie bisher nicht, — ich tue das nie, bevor ich mich mit meinen eigenen armen Augen überzeugt habe, ob auch der Richtige vor mir. Jetzt weiß ich das von Ihnen, und nun — kommen Sie hierher auf den Sofa; es sähe ja sonst aus", setzte sie lachend hinzu, „als wollten wir die Straße, die uns draußen trennt, auch hier im Zimmer lächerlicherweise zwischen uns aufbauen. — Kommen Sie, wir haben Platz genug, es plaudert sich so besser, find' ich." Und das Füßchen, von dem man unter dem langen und weiten blaßgrauen Morgenkleide bisher auch freilich nur die Spitze des zierlichen Stiefels erblickt, verschwand vollends, und eine eigentümliche Bewegung des Kleides ließ darauf schließen, daß die Dame auch diesen Fuß unter sich auf den Sofa hinaufzog, wo der andere bisher schon geruht haben mochte.

Anna, welche sich erhoben hatte und herangetreten war, überflog die Erscheinung der Dame mit einem halb befangenen, halb bewundernden Blick, und selbst die letzte Bewegung derselben, die unendlich bequeme und doch so graziöse Stellung in der weichen Sofaecke, entging nicht ihren musternden Augen. Lucie Scharfenstein war für sie nicht nur das Ideal einer glücklichen Frau, sondern auch einer Dame vom besten Ton, und wer dieselbe selbst auch nur in diesem Augenblick gesehen hätte, würde ihr im letzten Punkt wenigstens haben Recht geben müssen, so harmonisch war die ganze Erscheinung der noch jugendlichen Frau, von dem einfachen und doch eleganten Kleide und der leichten gleichfarbigen Mantille bis zu dem hübschen Frühlingshütchen, bis zu dem anmutigen Köpfchen auf dem schlanken Halse, bis zu den weichen blonden Locken, welche sich unter dem Hütchen an die nur leise geröteten Wangen schmiegten. Mit einem Wort, es war so gar nichts Auffälliges an ihr, geschweige denn etwas Reiches oder gar Prätentiöses, und dennoch erkannte man in ihr sogleich die Frau von Geschmack und Stand — wie fängt sie's nur an? dachte Anna mit einem heimlichen Seufzer. O, warum bin ich nicht wie sie, darf nicht frei meinem Willen folgen wie sie!

„Sie sind sehr freundlich, gnädige Frau", sagte sie, neben Lucien Platz nehmend und ohne das Gefühl von Befangenheit überwinden zu können, welches sie seit dem Eintritt der Nachbarin beherrscht hatte. „Sie wissen nicht, wie ich Ihnen dies Entgegenkommen danke! Ich habe Sie nun schon so lange fast mit Trauer in meiner Nachbarschaft gesehen, denn es zog mich stets über die Straße zu Ihnen, und dennoch —"

„Und dennoch wollten Ihre Füße diese Straße niemals überschreiten", unterbrach Frau von Scharfenstein sie lächelnd. „Weshalb nicht? — aber was frage ich?" setzte sie hinzu, und nun lachte sie wirklich, und man sah erst jetzt, eine wie — man möchte sagen: leichtsinnige und doch glänzende Schönheit diese feinen Züge anzunehmen vermochten, wenn sie einmal aus der Abgespanntheit erwachten. „Aber was frage ich?" sprach sie lebhaft. „Geht es mit mir doch nicht anders und müßten Sie mir den Vorwurf doch eigentlich zurückgeben — mit mehr Recht. Ich habe Sie längst beobachtet, liebe Nachbarin, und es bedauert, daß wir so außer aller Berührung. Ich bin ein offenherzig Geschöpf und spreche es geradezu aus: Sie haben mir stets sehr gefallen. Sie haben ein — gewisses ne sais quoi, das mich zu Ihnen zog und zieht, das mich Ihre Zurückgezogenheit stets von neuem bedauern läßt. Denn es sprach mich daraus etwas an, das ich hier überall vermisse und vergebens suche — etwas Verwandtes, liebe Wehrmann. Wir gehören zu einander, meine ich immer!" Und sie bot ihr mit einer schnellen und anmutigen Bewegung die Hand hin.

Anna legte die ihre lebhaft hinein. Ihr schönes Gesicht strahlte von Vergnügen. „Sie machen mich sehr glücklich", versetzte sie. „So lange ich Sie kenne, gnädige Frau, habe ich Sie bewundert und mich zu Ihnen gesehnt, wiederhole ich. Ich fühle mich oft so fremd und so einsam, wo ich stehe —"

„Aber nun im Ernst, warum kamen Sie dann nicht? Ich bin doch nicht als unzugänglich renommiert."

„Gnädige Frau, es geht nicht allen so wohl wie Ihnen", erwiderte Anna mit einem leichten Seufzer und indem ihre Wangen sich höher röteten. „Wir sind nicht alle Herrinnen unseres Willens, sondern meistens abhängig von oft sehr kleinlichen Verhältnissen und verschrobenen Ansichten, von — lassen Sie mich nur davon schweigen!" brach sie ab. „Ich habe schon im Innern oft Verdruß genug und mit Widerwärtigkeiten im Ueberfluß zu kämpfen, so daß ich jeden andern und nun zumal Sie, gern mit diesen Dingen verschone. Ich beneide Sie ja gerade auch darum, weil Ihnen dergleichen alles so fern liegt."

„Ah", sagte Lucie nach einer Weile, während der sie die Nachbarin schweigend und gleichsam nachdenklich angeschaut,

besonders die Geschenke an die Kriminalbeamten müssen zur Korruption führen, wenn auch den Beamten selbst kein Vorwurf zu machen ist. Der Verteidiger geht dann noch einmal die einzelnen Fälle durch und stellt die Frage: „Von alledem habe der Polizeipräsident nichts gewußt?" Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

Das Urteil wird am Sonnabend verkündet.

Aus der Partei.

Zur Lage der russischen Arbeiterpresse. Die fortgesetzten Verfolgungen der Arbeiterpresse in Rußland bilden eine ständige Rubrik der Tageschronik. Täglich werden Strafen und Konfiskationen über die beiden in der Hauptstadt erscheinenden Arbeiterblätter verhängt. In der Provinz jedoch wird schon die Gründung von Arbeiterblättern im Keime erstickt. So hörten wir kürzlich aus dem Kaukasus, daß die gesamte Redaktion und Expedition eines neugegründeten Arbeiterblattes ins Gefängnis gewandert ist. Noch schlimmer haust die Polizei in Odessa. Dort wurde vor einiger Zeit das Arbeiterblatt „Odeski Kurjer" unterdrückt und die „der Teilnahme an der Redaktion verdächtigen" J. Dograd und W. Stepanek nach den wüstesten Verbannungsorten Sibiriens deportiert (Stepanek wurde am Tage der Deportation als entflohener Verbannter „entlarvt" und ist nun zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden!) Ferner wurde N. Dolgolew nach dem Gouv. Perm verbannt. Seit der Unterdrückung des obengenannten Blattes wurden mehrfache Versuche gemacht, ein Wochenblatt zu gründen. Aber alle Versuche führten zu neuen Verhaftungen und Deportationen. So wurden kürzlich unter dem Verdacht, ein Arbeiterblatt gründen zu wollen, 3 Arbeiter auf 3 Jahre nach dem Gouv. Olonetzk verbannt und 5 Arbeiter aus Odessa ausgewiesen!

Gewerkschaftsbewegung.

Angedrohte Aussperrung der Bauarbeiter in Coswig. Der Arbeitgeberverband in Coswig (Anhalt), der von dem Großfabrikanten Lederbogen dirigiert wird und dem auch die Bauunternehmer angehören, hat dem Zweigverein Coswig des Deutschen Bauarbeiterverbandes einen Tarifvertrag übersandt und um die Erklärung ersucht, ob die Bestimmungen von der Organisation anerkannt werden. Auf die Mitteilung der örtlichen Bauarbeiterorganisation, daß man bereit sei, in Verhandlungen einzutreten, hat der Arbeitgeberverband geantwortet, daß weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden und gemeinschaftliche Verhandlungen nicht stattfinden, und wenn nicht bis zum 14. Januar die Anerkennung des vorgelegten Tarifvertrages erfolgt, würden am 15. Januar sämtliche Bauarbeiter ausgesperrt. Der Vertrag in Coswig ist bereits im Oktober v. Js. abgelaufen. Schon damals entstanden Differenzen wegen der Annahme der Unternehmervorlage, in der außer der Lohnerhöhung, die hinter dem, was der allgemeine Schiedsspruch im Mai v. Js. den Bauarbeitern gebracht hat, zurückbleibt, nicht Zugeständnisse, sondern Verschlechterungen enthalten sind. Auch damals drohte der Unternehmerverband mit einer Aussperrung, die aber im Anfangsstadium, nach Entlassung von ca. 10 Arbeitern in einem Geschäft, stecken blieb und nach einigen Tagen überhaupt rückgängig gemacht wurde. Jetzt, wo die Bauarbeiten beendet sein dürften und auch auf Grund der Witterungsverhältnisse überhaupt nicht gearbeitet werden kann, hat der Arbeitgeberverband es leicht, die angedrohte Aussperrung zu vollziehen. Aber er soll sich nicht täuschen, wenn er meint, nun einfach dekretieren zu können, ohne die Bauarbeiter mitreden zu lassen, zu welchen Bestimmungen sie ihre Arbeitskraft verkaufen sollen. Das mag bei dem Großfabrikanten Lederbogen gehen, der seine Fabriksklaven so behandeln kann, aber die Bauarbeiter lassen sich so etwas auch im Winter nicht bieten. Abgesehen von der niederen Lohnerhöhung und der Verschlechterung in der Bezahlung der Ueberlandarbeiten, mit der sich die Bauarbeiter in Coswig zufrieden geben sollen, muß sich der Bauarbeiterverband auch aus vertraglichen Verpflichtungen, die er mit dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat, gegen den Vertrag und seine Dauer wenden. Da in der Drohung ausgesprochen wird, daß sämtliche organisierte Arbeiter ausgesperrt werden sollen, so steht zu erwarten, daß der Arbeitgeberverband in Coswig nach unorganisierten Arbeitern suchen wird. Es ist deshalb Obacht zu geben auf die Anwerbungsstellen der Streikbrecheragenten.

Das Terrorismusgeschrei der Christlichen, das gegen die freien Gewerkschaften in dem Stichwort gipfelt: „Entweder rot oder kein Brot!" kann sie trotzdem nicht immer vor Drangsalierungen der Unternehmer schützen. Wären sie wirkliche Vertreter der Arbeiter, dann würden sie die gegen die freien Gewerkschaften aufgewendete Energie lieber gegen die Unternehmer anwenden, die den Arbeitern das Koalitionsrecht verkümmern und die kaum einen Unterschied zwischen christlichen und freien Gewerkschaften machen, wenn sich die Christlichen befleißigen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Bekommen die Christlichen doch solches oft genug an ihrem eigenen Leibe zu spüren. So berichten die „Graphischen Stimmen", Organ des christlichen graphischen Verbandes, über einen „brutalen Gewaltakt" der Papierfabrik Gebr. Hösch in Kreuzau. Am 20. Dezember wurden von dieser 10 Arbeit[illegible] sofort entlassen mit Lohnentschädigung für 14 Tage, und weiteren 17 Arbeitern und 6 Arbeiterinnen wurde wegen angeblicherArbeitsflaue gekündigt. Merkwürdigerweise hat sich die Firma aber gerade die im christlichen Verbande organisierten Arbeiter bei diesen Arbeiterentlassungen herausgesucht, während die anderen Arbeiter anscheinend nicht von der „Arbeitsflaue" betroffen wurden. Die „Graphischen Stimmen" führen daher mit Recht die Entlassungen auf die Zugehörigkeit zum christlichen Verbande zurück, zumal die Firma schon vorher alles versucht hatte, die Arbeiter einzuschüchtern und sie von der Organisation fernzuhalten. Sie entzog zuerst den christlich Organisierten die Vergünstigung, durch Vermittlung der Firma billige Kohlen zu beziehen. Weiter wurde den Wöchnerinnen die Aushilfe, die ihnen bisher kostenlos zur Verfügung gestellt wurde, entzogen. Schließlich ließ man sämtliche organisierten Familienväter ins Fabrikkontor kommen und ihnen durch den Direktor mitteilen, daß ihre Kinder von der alljährlich üblichen Weihnachtsbescherung ausgeschlossen seien. Und als Schlußeffekt kamen dann die eingangs geschilderten Massenkündigungen bezw. Entlassungen, wobei die Firma rücksichtslos alles aufs Pflaster warf, was christlich organisiert war, mochten nun die Arbeiter 10, 20 oder 30 Jahre im Betriebe beschäftigt sein, ja sogar 34 Jahre, wie der Portier, der ebenfalls wegen Arbeitsmangel einem anderen Platz machen mußte. So die „Graphischen Stimmen" des christlichen Verbandes. Von einem Tarifbruch der Weltfirma William Prym im Rheinland ein ähnliches Bild, nur daß es sich in diesem Falle um freie Gewerkschaftler, Mitglieder des Buchbinderverbandes, handelt. Auch sie schuhriegelete die bei ihr beschäftigten Buchbinder und Kartonager solange, bis sie durch Entzug von den üblichen Weihnachtsgratifikationen, durch Entlassungen und ähnliche Druckmittel nach und nach ein Mitglied nach dem anderen dem Buchbinderverbande abspenstig gemacht hatte. Und dann besaß sie die edle Dreistigkeit, dem Gauleiter des Buchbinderverbandes mitzuteilen, daß sie nunmehr, nachdem alle Mitglieder „freiwillig" ausgeschieden seien, den mit dem Buchbinderverbande abgeschlossenen Tarif für aufgehoben erkläre, weil ja derBuchbinderverband infolgeAustritts seiner Mitglieder nicht mehr als Tarifkontrahent in Frage kommen könne. Also ein glatter und mit Bewußtsein herbeigeführter Tarifbruch der Weltfirma, die in großen Massen auch die in Arbeiterkreisen viel gekauften Haken und Oesen, Druckknöpfe usw. fabriziert.

Das Gewerkschaftshaus in Halle a. d. Saale. Umfangreiche Bauprojekte, die ein erfreuliches Zeichen für das stete Fortschreiten der Arbeiterbewegung sind, beschäftigen gegenwärtig unsere Halleschen Genossen. Der „Volkspark", das in der Burgstraße belegene Heim der organisierten Arbeiterschaft, reichte, trotzdem er das größte Saal- und Gartenetablissement der Saalestadt ist, bei weitem nicht zu, um sämtlichen Gewerkschaften als Versammlungs- und Erholungsstätte zu dienen. Durch umfangreiche Um- und Anbauten wurden die dringend benötigten Nebenräume sowie ein neuer, etwa 300 Personen fassender kleiner Saal geschaffen, der den von einem „liberalen" Magistrat aus den städtischen Turnhallen hinausgejagten Arbeiterturnern gleichzeitig als Turnhalle dienen soll. Der große Saal hat etwa 2000 Sitzplätze, während die beiden Vorder- und Hintergarten bequem 3000 Personen Raum bieten. Ein ebenso großes Projekt ist in diesen Tagen in Angriff genommen worden: der Bau eines Gewerkschaftshauses mit Zentralherberge. Das bisher sehr im argen liegende Herbergswesen machte es notwendig, daß der jahrelang gefaßte Plan der Schaffung einer der Neuzeit entsprechenden Unterkunftsstätte für die reisenden Gewerkschaftsgenossen in beschleunigter Weise zur Ausführung gelangt. Auf dem mitten in der Stadt, Am Harz 42/43, belegenen großen Grundstückskomplex, auf dem sich bereits die Druckerei und der Verlag des Volksblattes sowie einige Gewerkschaftsbureaus befinden, wird mit einem Kostenaufwand von rund 200 000 Mark das vier Geschosse zählende Gebäude errichtet. Das Baugelände befand sich bereits im Besitz der Genossenschaft und ist in der Bausumme nicht inbegriffen. Neben der Herberge werden auch die zahlreichen, jetzt in allen Teilen der Stadt verstreuten Gewerkschaftsbureaus im Gewerkschaftshaus untergebracht. Das fertige Gebäude wird von der bauausführenden Genossenschaft dem Gewerkschaftskartell unter außerordentlich günstigen Bedingungen verpachtet, das den gesamten Restaurations- und Herbergsbetrieb in eigener Regie führen wird. Die Arbeiten sollen so gefördert werden, daß das neue Gewerkschaftshaus bereits zum Herbst in Betrieb genommen werden kann.

Kommunales.

Fünfjährige resultatlose Beratung der Arbeitslosenversicherung. Am 5. November 1908 beschäftigten sich die Kasseler Stadtväter auf Grund eines sozialdemokratischen Antrages zum ersten Male mit der Frage der kommunalen Arbeitslosenversicherung. Am 4. Mai 1909 wurde beschlossen, der Magistrat möge die Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Erwägung ziehen. Der Magistrat lehnte ab. Am 4. November 1909 beschlossen die Stadtväter trotzdem einstimmig, eine Kommission einzusetzen mit dem Auftrag, die Arbeitslosenversicherungsfrage eingehend zu erörtern. Vier Jahre lang tat diese Kommission indessen nichts. Als sie in der zweiten Hälfte des Jahres 1913 endlich zusammentrat, erklärte ihr Vorsitzender, Bürgermeister Jochmus, er lege den Vorsitz nieder, sobald die Kommission positive Beschlüsse fassen sollte. So entschied die Kommission, weiterhin nichts zu tun, und am 12. Januar 1914 erstattete sie den Stadtverordneten endlich Bericht über ihre „Arbeit" vierjährigen Nichtstuns. Resultat: wie der Magistrat, so empfiehlt auch die Kommission, keine Schritte zur kommunalenLösung derArbeitslosenversicherungsproblems zu unternehmen, da diese Lösung zu finden Sache des Reiches sei. Mit erdrückender Mehrheit stellten sich am 12. Januar dss. Js. die Stadtverordneten auf den gleichen Standpunkt. Glatt abgelehnt wurde auch der von unseren Genossen gestellte Antrag, von einer Kommission eine Vorlage zwecks Einführung der Arbeitslosenversicherung ausarbeiten zu lassen. Glatt abgelehnt wurde schließlich auch unser Unterantrag, zur sofortigen Unterstützung Arbeitsloser 10 000 Mark bereitzustellen.

Literarisches.

Die Gewerkschaften, ihre Entwickelung und Kämpfe. Von Adolf Braun. Eine Sammlung von Abhandlungen. Nürnberg 1914. Verlag der Fränkischen Verlagsanstalt und Buchdruckerei. VIII und 503 Seiten Großoktav. Preis elegant gebunden 6 Mk. Unsere gewerkschaftliche Literatur wurde durch ein Buch bereichert, das Genossen Adolf Braun zum Verfasser hat, der sich seit langem mit den Problemen des Gewerkschaftswesens befaßt. Eine Auswahl aus seinen zahlreichen Veröffentlichungen über die Gewerkschaften bringt dieses Buch: geschichtliche, darstellende, auch kritische und vor allem agitatorische Darstellungen über die Entwickelung der Gewerkschaften, über ihre Streitfragen in Deutschland und im Auslande, dann über die Organisierbarkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen, über Kampfziele und Kampfmethoden der Gewerkschaften, weiter Abhandlungen über die Tarife, über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, über die Probleme der Arbeitslosigkeit und der gewerkschaftlichen Statistik, endlich Auseinandersetzungen über Gewerkschaften und Unternehmertum. Ueber 40 Abhandlungen, die zum Teil in Unterkapitel zerfallen, enthält dieses Buch, dessen Benützbarkeit gehoben wird durch die umfänglichen Sach-, Berufs-, Orts- und Personenregister, die das Werk abschließen. Wir hoffen, daß das Buch reichliche Belehrung über das Wesen, die Aufgaben und die Leistungen der Gewerkschaften bei Freund und Feind verbreiten wird.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.

und mit den Worten zugleich tauchte in ihrem Gesicht auch wieder ein, diesmal etwas spöttisches Lächeln auf, „ah, ich begreife! Der Advokat, der Herr Gemahl, wollte ich sagen, gilt für einen gestrengen Eheherrn und einen Charakter von republikanischer Strenge. Nicht wahr, dem gefalle ich mit meinem heitern Dahinleben wohl gar nicht? Der hat mich Ihnen wohl als so etwas, wie eine der alten lustigen Marquisen geschildert und Ihnen als Muster die ehrbaren Bürgerdamen und Gerichtsfrauen hingestellt? Mit denen halte ich freilich keinen Vergleich aus."

Anna lachte unwillkürlich, Ton und Wesen der Sprecherin reizten unwiderstehlich dazu. „Sie übertreiben wohl ein wenig", meinte sie. „So arg ist es doch nicht. Allein ich gebe zu, daß mein Mann sehr entschiedene und — sehr bürgerliche Ansichten hat, und daß ich mich bisher noch nicht allein seinen Bestimmungen und Wünschen in bezug auf meinen Umgang entziehen konnte, wie wenig ich auch oft damit einverstanden. Aber was tut man nicht des Friedens wegen? Und überdies sind wir Frauen ja noch hauptsächlich nur dazu bestimmt, gehorsam einem fremden Willen zu folgen."

Die Scharfenstein schüttelte mit spöttischem Lächeln den Kopf. „So hörte ich schon ein paarmal", versetzte sie; „ich selber habe dergleichen nicht kennen gelernt und — ich glaube auch nicht daran. Wenigstens scheint mir diese Bestimmung, wie Sie es heißen, doch nur von der Zustimmung der Frau abhängig zu sein. Ein kluger und entschlossener Widerstand zur rechten Zeit sollte, mein' ich, die Männer bald stets zur Vernunft und Einsicht bringen. Es sind eigentlich gute Geschöpfe, diese Männer, so traktabel und gelaunt — letzteres oft nur gar zu sehr! — wenn man sie nur ein wenig zu behandeln versteht. Und Sie, Liebe — je mehr ich Sie anseh und je mehr ich von Ihnen erfahr, desto weniger kann ich annehmen, daß Ihnen ein Mann wie der Herr Advokat im Ernst Widerstand leisten könnte! Sie wickeln ihn um den Finger, sag' ich Ihnen! Versuchen Sie es nur einmal! Und versuchen Sie es nur durch mich zuerst! Kommen Sie zu mir, liebe Nachbarin, grade weil er es nicht will. Ich bringe Sie gegen diesen Willen sogar in unsere Gesellschaft zurück und — was gilt die Wette? — nach einiger Zeit tanzt Ihr Bär darüber vor Freuden und trägt mit allem Anstand Ihr „Joch", wie er es seufzend nennen wird. Schlagen Sie ein! — Sie und ich — es ist nicht so schwer, Bären zu zähmen!"

Anna schüttelte mit zweifelndem Lächeln den Kopf und legte fast zögernd nochmals ihre Hand in die Luciens. Doch bevor sie zu einer wirklichen Antwort kommen konnte, wurde die Stimme Herrn Fornaris draußen vor der Tür vernehmbar, obgleich sich die Worte selber nicht unterscheiden ließen. Desto deutlicher wurde aber die Entgegnung einer anderen hellen und breiten Stimme, über deren Besitzer Anna wenigstens keinen Augenblick im Zweifel war, — und sie lautete: „ah bah, Freund, ich finde schon Einlaß bei den Damen — 's ist meine Sache!" Und zugleich wurde die Tür geöffnet und während die Scharfenstein mit leise zusammengezogenen Brauen vollkommen hörbar und in wegwerfendem Tone sagte: „der Unverschämtheit nach könnte das eigentlich nur der Schinkenbaron sein!" trat dieser wirklich ins Zimmer und nahte sich in seinem gewohnten, halb schleppenden, halb wiegenden Gange dem Tisch mit den Worten: „nicht wahr, meine Gnädigen, auf mich erstreckt sich Ihr Bann und Interdikt gegen Besucher doch nicht?"

„Wenn nun aber gerade auf Sie mehr als auf irgend einen anderen, Herr Baron?" fragte Lucie mit einer Stimme zurück, die Anna so voll Hohn erschien, daß sie überrascht bald zu der Nachbarin, bald zu Lingelsheim aufsah. Hatten die denn etwas mit einander? Oder war der Baron, wie sie jetzt schon von so manchen Seiten erfahren, wirklich so wenig angesehen, während er ihr doch eine geraume Zeit lang für einen Menschen gegolten, dessen Besuch ihr Haus und sie selber ehren müsse?

„Bei Gott, warum, Dame von Scharfenstein?" entgegnete er jetzt auf die Bemerkung Luciens. „Bin ich denn ein großer Verbrecher oder — und er wurde nicht gerade durch das Lachen verschönt, das über sein breites Gesicht glitt — oder so ganz besonders gefährlich, daß man mich — als Ausnahme betrachten und behandeln muß?"

„Eine Ausnahme sind Sie stets, Herr Baron", lautete die herbe Antwort der schönen Frau, welche Anna das Blut in die Wangen steigen ließ, während Lingelsheim selber unbekümmert einen Stuhl heranzog und sich niederlassend mit breitem Lächeln meinte: „schmeichelhaft, bei Gott, schmeichelhaft, Dame von Scharfenstein! Bin überhaupt sehr glücklich, wieder einmal Ihnen begegnen zu dürfen! Sind ja so selten daheim! Also eine Ausnahme! Würde Sie um weitere Aufschlüsse über meine Gefährlichkeit bitten, — allein Sie sind so kapriziös und ich heute so marode vom Weg, die Hitze, all den dummen Geschäften! Also — soyons amis, Cinna! Lassen Sie uns plaudern. Darf ich Ihnen ein Glas Sekt anbieten? Fornari hat einen rosenroten, der sich trinken läßt —"

Anna wurde es unbehaglich und sie rückte auf ihrem Platz. Indem fühlte sie jedoch eine leichte Berührung von dem langen grünen Fächer Luciens, welcher sich gleichsam zufällig an ihren Arm legte, und hörte die Nachbarin darauf lachend sprechen: „nun sagen auch Sie, liebe Wehrmann — der Herr Baron von Lingelsheim, marode an Geist und Körper, drängt sich trotzdem uns beide zu unterhalten, zitiert Reden von Bekannten und französische Schauspiele, und ist trotzdem, muß ich wiederholen, von seinem vorgestrigen Ball noch so angegriffen — oder nur verträumt, Baron? — daß er sich nach dort wähnt und uns für Ballbekanntschaften hält, die des Champagners wert sind! Wenn ein solcher Herr keine Ausnahme ist —"

Sein Lachen unterbrach sie. „Dame von Scharfenstein, Sie sind selbst eine Ausnahme", sagte er, „denn Sie sind immer exzellent, wenn auch einmal auf meine Kosten." Unsere Leser wissen schon, daß von Zeit zu Zeit eine Art von Gedankenblitzen aus der Masse hervorbrach, welche sich als „Schinkenbaron" durch die Gesellschaft Waldbergs bewegte. Es waren jedoch nur seltene lichte Momente, würde Frau von Scharfenstein vielleicht erklärt haben, und im nächsten Augenblick rechtfertigte er eine solche Annahme, denn das Glas einklemmend, wandte er sich jählings zu Anna und fuhr fort: „nun, verehrte Advokatin — wie steht's? Lohnt Ihnen der Mann auch die Resignation? Sie sehen ein wenig blaß aus." Und den Kopf mit ungewohnter Beweglichkeit wieder gegen Lucie drehend, fügte er lachend hinzu: „denn das ist eine wahre Genoveva, Dame von Scharfenstein, —"

„Nennen Sie mich lieber nur, wie ich in der Gesellschaft heiße, Herr Baron", unterbrach sie ihn mit unverhüllter Schärfe. „Ich bin keine Ritterdame, und die romantischen Reminiszenzen kleiden Sie verzweifelt schlecht — zumal, wenn Sie sich noch besonders angegriffen fühlen, wie heute."

„Gnädigste — Sie behandeln mich hart!" erwiderte er, aber sein Ton zeigte, daß er mit diesen Worten schwerlich mehr als eine Phrase aussprechen wollte, und er fügte auch sogleich hinzu: „ich wollte Ihnen ja nur erzählen, daß unsere schöne Advokatin hier, ein wahres Muster von einem christlich gehorsamen Weibe, den Wünschen ihres Herrn und Gemahls bis in den Tod getreu folgt, obgleich sie, wie jetzt bei demBall, erkannt hat, wie glücklich ihr kleiner Ungehorsam sie selbst, wie viel glücklicher noch er — andere gemacht haben würde."

Anna war bei diesem plumpen Angriff und dieser noch plumperen Vertraulichkeit des Mannes, den sie, wie sie nun einmal dachte, hin und wieder zwar gern ihr Haus besuchen gesehen, der ihr aber, trotz aller anscheinenden Nachgiebigkeit von ihrer Seite, niemals näher gekommen, bis in die Schläfen errötet und fühlte sich, zumal vor der neuen Bekannten tief gedemütigt. Es gemahnte sie bei dieser ganzen Weise obendrein etwas, als ob Lingelsheim in der Gegenwart der höher gestellten Frau, auf sie, Anna, herunter zu sehen versuchen wolle, er, der arme Baron, welcher von Lucien stets so schonungslos in seine Schranken zurückgewiesen wurde! Und entrüstet und zugleich auch, wie gesagt, gedemütigt und heiß erglühend vor Schreck über diesen Angriff, wußte sie im Augenblick dennoch nichts als die Worte zu stammeln: „ich verstehe Sie nicht, Herr Baron!"

(Fortsetzung folgt.)

Konsumverein für Lübeck und Umgegend.

Speziallager für

Manufaktur- und Haushaltungswaren

Königstraße 111.

Es haben sich in letzter Zeit **Reste** von verschiedenen Stoffen angesammelt, welche wir unseren Mitgliedern **sehr vorteilhaft** anbieten.

Ebenfalls sind verschiedene **Haushaltungs-Gegenstände**

etwas angestoßen vorhanden, die wir zu

sehr billigen Preisen anbieten. (284

Empfehle:

Prima dickes kernfettes **Rindfleisch** a Pfd. 75 u. 80 Pfg.,
Bratenstücke a Pfd. 85 u. 90 Pfg.
Beefsteak . . . . . 1.20 Mk.
Rollfleisch . . . . . 1.00 Mk.
Gulasch u. Gehacktes . . 90 Pfg.
Schweinefleisch (Bauchfl.) 80 Pfg.
Schweinefleisch, Bratenst. 85 Pfg.

Dicke Flomen 80 ₰

sowie sämtliche Fleisch- und Wurstwaren zu den billigsten Preisen.

H. Schmalfeld,
Schlachterei und Wurstmacherei, Reiferstraße 26.
Fernsprecher 2152. (323

Kopffleisch
Leberwurst
Knackwurst
Brotwurst
Heinr. Viereck, Hüxstraße 96. (344

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. Otto Albers Kohlmarkt 10.
z. B. kompl. Betten v. 12.50 Mk. an. Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mk.
2) **Rote Lubeca-Marken.**

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Bezirks-Versammlung
für
die innere Stadt
am Montag, dem 19. Januar
abends ½9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Wahl eines Genossenschaftsratsmitgliedes.
3. Genossenschaftliches.

Um recht zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen bittet
330) **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein
Ortsgruppe Schlutup.

Mitglieder-Versammlung
am Sonnabend, d. 17. Januar
abends 8½ Uhr
im Lokale von A. Saborowski
Gasthof „Zur Linde".

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um recht zahlreiches Erscheinen gebeten.
341) **Der Vorstand.**

Inventur-Ausverkauf
von zurückgesetzten guten, haltbaren Korsetts zu enorm billigen Preisen.
187
Th. Jepsen Korsettfabrik Breite Str. 42

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden und seine Bücherei auf billigste Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde (Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von

nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pfg. Bestellgeld, durch die Post d. Porto) **erhält man kostenlos:**
1. die reichillustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde mit den Beiblättern:
Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photographie und Naturwissenschaft — Technik und Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld — Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boelsche, Festländer und Meere; Dr. K. Floericke, Einheim. Fische; Dr. Ad. Koelsch, Der blühende See; Dr. H. Dekker, Vom sieghaften Zellenstaat; Dr. A. Zart, Atome und Moleküle.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede Buchhandlung entgegen, wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos", Stuttgart.

Probehefte und Prospekte postfrei!

Pa. ger. fetter Speck bei Abnahme von 4 Pfund **pro Pfd. 85 Pf.** 319
Mag. Speck, b. Ab. v. 4 Pfd. 90 ₰
Wß. Schmalz b. Abn. v. 2 Pfd. 80 ₰
Kohlwurst . . . . . „ 90 ₰
Gek. Mettwurst u. Leberwurst 90 ₰
Preßw. u. Braunschweiger 80 ₰
Kuheuter, Spezialität Pfd. 65 ₰
Kleine Rauchstücke a 90 ₰
Schweinebraten . . 80 ₰
Pa. ger. Schweinsbacken ohne Knochen **pr. Pfd. 80 Pfg.**
Karl Lahrtz vormals M. Lahrtz, **Böttcherstr. 14/16.**

Visitenkarten ff. Elfenbeinkarton, 100 Stück von 1.00 Mk. an **Fr. Meyer & Co.,** Johannesstraße 46.

Neue-Welt-Kalender

für 1914

Es sind noch einige Exemplare vorhanden

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Seeretz.

Partei-Versammlung
am Sonnabend, d. 17. Januar
abends 7½ Uhr
im Parteilokal.

Tages-Ordnung:
Unter anderem: Vortrag des Genossen Arbeitersekretär **P. Hoff** aus Lübeck über Invalidität u. Krankenversicherung.

Um zahlreiches Erscheinen bittet
322) **Der Vorstand.**

Anstich von ff. Bockbier
Gasthof Zur goldenen Traube
H. Hoffmann
332) **Depenau 27.**

Verein Freundschaft
Seeretz.

Sonntag, den 18. Januar:

Maskenball

Hierzu ladet freundlichst ein (325
E. Wendt u. das Festkomitee.
NB. Maskenanzüge sind im Lokale **nicht** zu haben. D. O.

Frauenverein
für Stockelsdorf u. Umgeg.

Winterfest

324) mit
Theater-Aufführung
am Sonntag, dem 18. Januar.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg.
Anfang 7 Uhr. **Das Komitee.**

Hansa-Theater
Künstlerische Leitung: 340
Dir. Fritz Hemberger.
Heute Freitag, den 16. Januar,
abends 8¼ Uhr:

Große Gala-Première
des aus
9 Sternen
der international. Künstler-Welt bestehenden
Elite-Programms.

Kommen! Sehen! Urteilen!

Vorverkauf für die Abendvorstellungen: rechte Seite b. Sager, Kohlmarkt, linke Seite b. Nagel, Am Markt.

Verein der Musikfreunde.
Sonntag, d. 18. Januar 1914
abends 7 Uhr (337
im Kolosseum:
15. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Konzertmeister **J. Szanto.**
Solisten: Herr **A. Scharff** (Flöte) und Herr **O. Lessle** (Trompete).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ouverture z. „Die diebische Elster" von C. Rossini.
Hegerswunder für Streicher von E. Grieg.
Fantasie a. „Bohême" von G. Puccini.
Potpourri aus „Die lustige Witwe" von Fr. Lehár.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Konzerthaus
Zauberflöte
Heute
Gr. Bockbierfest
unter Leitung des
Oberbocks Fritz
und gefl. Mitwirkung des ganzen
Damen-Trompeter-Korps „Germania"
6 Damen, 4 Herren.
Für Stimmung, Jubel, Trubel ist auf das Beste gesorgt!
Kappen u. Lieder gratis.
Anfang 7½ Uhr.
Eintritt frei.
338) **Ludwig Kock.**

Neues Stadttheater

Freitag, den 16. Januar 1914:
103. V. i. Voll-Ab. 17. V. i. Freit.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 Uhr.
Oberst Chabert.
Oper von H. W. v. Waltershausen.
Große Preise.

Sonnabend, den 17. Januar 1914:
104. V. i. Voll-Ab. Außer Sonnab.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Mignon.
Oper von A. Thomas.
Große Preise.

Sonntag, den 18. Januar 1914:
Nachm. 3 Uhr. Ende nach 5 Uhr.
Volksvorstellung.
Der Barbier von Sevilla.
Oper von Rossini.
Jeder Platz 75 Pfg.
Verlosung der Plätze Freitag und Sonnabend von 8—9 Uhr an der Theaterkasse. (326

Abends 7½ Uhr. Ende gegen 11 Uhr.
Gastspiel Rudolf Schildkraut:
Der Kaufmann von Venedig.
Komödie v. Shakespeare.
Shylock . . **Rud. Schildkraut a. G.**
Große Preise.

Inventur-Ausverkauf.

184

Die früheren Preise sind neben den Ausverkaufspreisen deutlich vermerkt, damit die verehrte Kundschaft sich von der **enormen** Preisreduzierung der Ausverkaufswaren jederzeit überzeugen kann. Auf sämtliche regulären Waren gewähre ich während des Ausverkaufs eine **Extrapreisermäßigung von 10 Proz.**

Fertige Bettbezüge
aus bunt Kattun oder Chellas

sonst	3.25	3.95	5.25	5.85
jetzt	1.95	2.95	3.95	4.95

Weisse Kissenbezüge
Ia. Wäschetuch, in verschied. Ausführung

sonst	1.35	1.55	2.55	3.95
jetzt	95 ₰	1.20	1.95	2.65

Fertige Betten
besteh. aus Oberbett, Unterbett, Pfühl u. Kissen aus guten, federdichten, größtenteils echt türkischroten Bettinletts, gefüllt mit doppelt gereinigten Bettfedern oder Daunen

Bett 1	Bett 2	Bett 3	Bett 4	Bett 5
jetzt 13.20	jetzt 18.90	jetzt 24.75	jetzt 29.50	jetzt 38.00
Bett 6	**Bett 7**	**Bett 8**	**Bett 9**	**Bett 10**
jetzt 42.45	jetzt 51.25	jetzt 56.45	jetzt 65.00	jetzt 76.00

Fertige Bettbezüge
aus gestreiftem Satin oder Damast

sonst	3.85	4.75	5.45	6.25
jetzt	2.95	3.80	4.45	5.40

Fertige Bettücher
Ia. Halbleinen oder Haustuch

sonst	2.65	2.85	3.45	3.95
jetzt	1.95	2.35	2.95	3.45

Ca. 3000 Mtr. Gardinen
in besond. guten Qualitäten enorm billig

Posten 1	Posten 2	Posten 3	Posten 4	Posten 5
58 ₰	68 ₰	85 ₰	1.08	1.25
sonst 85 ₰	sonst 95 ₰	sonst 1.35	sonst 1.65	sonst 1.95

Damen-Leibwäsche.

Ein Posten **Damen-Hemden** Vorder- u. Schulterschluß	statt	1.58	1.95	2.65
	jetzt	1.08	1.45	1.95
Ein Posten **Damen-Beinkleider** mit breiter Stickerei	statt	1.40	1.68	2.95
	jetzt	95 ₰	1.18	1.95
Ein Posten **Nachtjacken** Ia. Croisé	statt	1.58	2.15	3.15
	jetzt	1.28	1.65	2.25

Enorm. Posten Damen-Hemden
mit Madeira-Passe, Ia. Wäschetuch
regulärer Wert 2.45
jedes Hemd **1.68**

Ca. 200 Fach abgepaßte Gardinen
weiß und creme

Posten 1	Posten 2	Posten 3	Posten 4
Fach jetzt 3.95	Fach jetzt 6.95	Fach jetzt 7.85	Fach jetzt 9.85
sonst 5.25	sonst 10.45	sonst 12.75	sonst 16.00

Ein Posten 8/4 Teppiche	sonst	10.75	15.00	19.25	21.00	22.00
	jetzt	8.75	12.35	15.25	15.85	18.75
Ein Posten 10/4 Teppiche	sonst	18.00	26.25	33.00	34.00	48.00
	jetzt	13.50	19.50	24.75	25.75	32.50
Ein Posten 12/4 Teppiche	sonst	35.00	45.50	48.50	69.00	85.00
	jetzt	24.75	32.50	36.00	55.00	62.50

Aussteuer-Artikel.

Bettsatin 130 und 140 cm breit weiß gestreift	statt	1.05	1.20	1.35
	jetzt	82 ₰	98 ₰	1.10
Bettuch-Halbleinen 140 cm breit . . . Meter	statt	1.25	1.45	1.95
	jetzt	95 ₰	1.18	1.50
Pikees 75 : 80 cm breit elsässer Bleiche . . Meter	statt	78 ₰	92 ₰	1.10
	jetzt	58 ₰	78 ₰	88 ₰

Ca. 2000 Meter elsäss. Hemdentuch
Ia. mittelfädige Qualität
regulär 55 ₰
jetzt pro Meter **42 ₰**

Eine Muster-Kollektion
in 6 Serien bis 50 % unter Preis

bestehend aus
Damen-Hemden
Herren-Hemden
Beinkleidern . .
Nachtjacken . .
Kinder-Wäsche
Kissenbezügen .
Unterröcken usw.

zum Aussuchen jedes Stück

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V	Serie VI
78 ₰	98 ₰	1.18 M.	1.45 M.	1.85 M.	2.25 M.

Damen- und Mädchen-Konfektion

Farbige Wollblusen

sonst	7.35	9.45	12.75
jetzt	4.85	5.95	7.85

Eleg. seidene Blusen

sonst	7.95	15.85	24.75
jetzt	4.85	8.95	13.75

Farbige Golfjacken

sonst	15.85	18.45	21.00
jetzt	10.85	13.75	15.85

Weiße und farbige Russen-Kittel

sonst	1.50	2.50	3.50
jetzt	95	1.48	1.95

Sämtliche Damenhüte
jetzt zu jedem annehmbaren Preis.

Ein Posten
Knab.- u. Jüngl.-Ulster
Regulär bis 20.00 jetzt 9.95

Ein Posten
Herren-Paletots
Regulär bis 20.00 jetzt 9.95

Ein Posten **wollene Herrenwesten**

sonst	2.95	4.50
jetzt	2.10	3.25

Ein Posten **farb. Herr.-Oberhemden**

sonst	3.95	4.95
jetzt	1.95	2.95

Kostüme blau und farbig . . .	früher	34.50	40.50	64.50	78.50	90.00
	jetzt	14.50	21.50	24.50	45.00	58.50
Ulster u. Paletots	früher	12.50	14.50	20.50	26.00	32.00
	jetzt	2.95	4.95	7.95	9.85	14.50
Schwrz. **Frauenmäntel**	früher	26.00	31.00	37.50	40.00	55.00
	jetzt	12.75	14.50	19.50	22.50	27.50
Kinder-Kleider . .	früher	3.60	4.85	12.50	15.00	21.75
	jetzt	1.95	2.65	4.75	6.75	9.85
Kinder-Mäntel . . .	früher bis	10.50	11.50	14.00	15.50.	21.75
	jetzt	1.95	2.95	5.95	7.85	9.85

Schwarze Samt-Mäntel

sonst	45.75	57.50	68.50
jetzt	28.50	38.75	48.50

Farbige Theatermäntel

sonst	19.50	35.00	42.00
jetzt	9.50	22.50	24.50

Farbige und blaue Kostüm-Röcke

sonst	5.95	10.25	18.75
jetzt	2.95	5.95	9.85

Elegante schwarze Kostüm-Röcke

sonst	20.50	29.00	36.00
jetzt	8.50	14.50	16.75

Sämtliche Kinderhüte
zu jedem annehmbaren Preis

Herren- und Knaben-Konfektion

Farbige und blaue **Herren-Anzüge**	früher	18.00	25.00	32.00	
	jetzt	9.95	16.50	19.75	
Enorme Posten **Herren-Ulster**	früher	28.00	30.00	38.00	
	jetzt	16.50	19.75	23.50	
Warm gefütterte **Herr.-Lodenjoppen**	früher	8.50	14.00	16.00	
	jetzt	5.95	8.95	10.95	
Enorme Posten **Knaben-Anzüge** . . .	früher	8.00	12.00	16.00	
	jetzt	3.95	7.15	9.85	
Sämtliche regulären **Herren-Ulster**	mit einer Extra-Preisermässigung von				20 %

Ein Posten
farbige Herren-Hüte
regulär bis 3.00
zum Aussuchen jeder Hut **1.25**

Ein Posten
Knaben-Anzüge
regulär bis 8.50
zum Aussuchen jed. Anzug **3.95**

Ein Posten
Manchester Herr.-Hosen
regulär 5.50 jetzt **3.95**

Ein Posten
Kammgarn-Herren-Hosen
elegante moderne Streifen
sonst bis 7.50 jetzt **4.95**

Lübeck
Königstr. 87-89
Ecke Wahnstraße

Hans Struve

Rendsburg
Neumünster